Dienstag, 11. Mai 1926. | Einzelnummer 15 Groschen mit illustrierter Beilage 30 Gr. | 65. Jahrgang. Nr. 106.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Erscheint an allen Werktagen.

Fernsprecher 6105, 6275. Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen Nr. 200 283 in Posen.

Postscheckkonto für Deutschland Nr. 6184 in Breslau.

Bezugspreis monatlich bei der Geschäftsstelle 3.50 zł, bei den Ausgabestellen 3.70 zł, durch Zeitungsboten 3.80 zł, durch die Post 3.50 zł ausschließlich Postgebühren, ins Ausland monatlich 4 Goldmark einschließlich Postgebühr.

Anzeigenpreis: Petitzeile (38 mm breit) 45 Gr. für die Millimeterzeile im Anzeigenteil 15 Groschen, Reklameteil 45 Groschen. Sonderplatz 50% mehr. Reklamepetitzeile (90 mm breit) 135 gr.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Neue Kabinettsbildung durch Witos.

Der Auftrag an Władysław Grabski. — Rechts und Links in Ohnmacht. — Erklärung der Parteiführer. — Die Einigung mit Piłsudski. — Neuer Auftrag an Witos.

Warschau, 10. Mai, 11 Uhr vormittags. (Pat.) **Vor Beendigung der Kabinettsbildungsmission durch Herrn Władysław Grabski kam der Abg. Stanisław Głąbiński nach dem Belvedere und teilte dem Herrn Staatspräsidenten mit, daß im Schoße der vier „Sejmparteien“ der Plan einer parlamentarischen Regierung mit Herrn Wincenty Witos als Premier vollkommen gereift sei.** Der Staatspräsident machte Herrn Władysław Grabski Mitteilung davon, und dieser legte die Mission nieder, weil er sie nur nach vorheriger Feststellung, daß die Bildung einer parlamentarischen Regierung nicht zustande kommen könnte, übernommen hätte. Der Staatspräsident nahm den Verzicht des Herrn Grabski an und beauftragte mit der Neubildung der Regierung Herrn Witos, der die Mission angenommen hat.

Nach dem Scheitern der Mission des Abg. Witos ging die Initiative der Regierungsbildung in die Hand der Linken über, die jedoch ebenfalls versagte. Am Sonnabend sprach man von einem Kabinett Moraczewski und sogar von einer Regierung Piłsudski. Dieser soll das Angebot kategorisch zurückgewiesen haben. Um 2 Uhr nachmittags begannen Verhandlungen des Abg. Marek mit Vertretern der Zentrumspartei über den Beitritt zur Regierungskombination Mitte-Links. Während der Konferenz mit dem Abg. Witos erklärte dieser folgendes: „Die Piastenpartei nimmt Ihren Vorschlägen gegenüber eine streng sachliche Stellung ein. Auf diese sachliche Stellungnahme kann nicht die Tatsache einwirken, daß die Vertretung der Sozialistenpartei dem Kabinett, das ich bilden sollte, schärfsten Kampf angesagt hatte. Wir werden uns Ihrer Regierung gegenüber, ohne in sie einzutreten, objektiv einstellen, wenn diese Regierung sich auf eine parlamentrische Mehrheit stützt, wenn sie ferner reale Schritte zur Ausgleichung des Budgets unter Vornahme notwendiger Reduktionen und Sparmaßnahmen unternimmt, nicht den Weg der Inflation unter jedwedem Schein beschreitet, die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion insbesondere unterstützt, in entschiedener Weise gegen jede Antastung der Unversehrtheit und der Sicherheit des Staates vorgeht und sich mit ganzer Energie der zerstörenden Arbeit umstürzlerischer Elemente entgegenstellt. Wir werden jeden Schritt einer eventuellen Regierung von diesem Gesichtspunkt aus beurteilen. Wenn sie Ihnen entspricht, stimmen wir für die Regierung, wenn nicht — gegen sie.“

Ueber die Konferenz Mareks mit Chaciński wird folgendes bekannt: Auf die Frage Mareks, wie sich der Klub der Christlichen Demokratie zu einer Zentro-Links-Regierung stellen würde, antwortete Chaciński, daß man vorerst mit dem Finanzwirtschaftsprogramm dieser Regierungskombination bekannt werden müßte, da es sich hierbei um das zentrale Staatsproblem handle. Man müßte auch die genaue parlamentarische Grundlage kennen. Da die Piastenpartei sich nur sachlich einstellen wolle, ohne in die Regierung einzutreten, sähe er, der Abg. Chaciński keine ausreichende Basis für die Bildung solcher Regierung. Um 3 Uhr nachmittags teilten Marek und Niedziałkowski den jüdischen Vertretern Hartglas und Farbstein mit, daß der Versuch der Bildung einer Zentro-Links-Regierung an der Absage der Piastenpartei und der von den Piasten bedingten Stellungnahme der Christlichen Demokratie gescheitert sei. Die Abgeordneten Marek und Niedziałkowski erklärten ferner, daß sie es für ihre Pflicht gehalten hätten, dem Jüdischen Klub das Scheitern des Regierungsbildungsversuchs mitzuteilen, und zwar angesichts des Beschlusses des Linksblocks, der dahin ging, daß bei der Regierungsbildung die Minderheitenklubs nicht gesondert behandelt werden sollten. Marek und Niedziałkowski setzten sich mit den Abgg. Woźnicki und Poniatowski in Verbindung, dem sie mitteilten, daß die mit den Vertretern der slawischen Minderheiten nicht wegen ihrer Abwesenheit im Sejm hätten konferieren können. Um 3½ Uhr erschien Marek im Belvedere, um dem Staatspräsidenten gegenüber folgende Erklärung abzugeben: „Wir wandten uns in dem Wunsch, ein Kabinett zu bilden, das in Ruhe die Sanierung des Wirtschaftslebens in Angriff genommen hätte, an die Mittelparteien, Piasten und Christliche Demokratie, um Beitritt zu unserer Regierungskombination. Wir erklären, daß die Linksparteien bereit sind, mit Zustimmung des Herrn Präsidenten aus ihrer Mitte ein Kabinett zu bilden und mit einem konkreten wirtschaftlichen und politischen Programm vor den Sejm zu treten. Zugleich bemerken wir, daß ein neuer Versuch, ein Zentro-Rechts-Kabinett zu schaffen, eine weitere Verschärfung der Lage mit offenbarem Schaden für die allgemeinen Staatsinteressen bedeuten würde.“

Der Präsident antwortete, daß er auf die Bildung einer Regierung, die sich ausschließlich auf Linksparteien stützte, nicht eingehen könne, ebenso wie auf ein einseitiges Rechtskabinett, das dem Staate Schaden bringen würde. Um 4½ Uhr wurde der Sejmmarschall Rataj nach dem Belvedere gerufen, und um 5 Uhr wurde der Presse mitgeteilt, daß der Präsident den Beschluß gefaßt hätte eine außerparlamentarischen Regierungschef mit der Regierungsbildung zu beauftragen.

Das dritte Kabinett Grabski?

Nach Mitternacht übertrug der Staatspräsident Herrn Władysław Grabski die Kabinettsbildungsmission. Zu dieser Mission bemerkt der „Kurjer Poranny“: „Das Experiment des Finanzministers Zdziechowski hat sowohl für die polnische Valuta als auch für die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage im Staate so traurige Resultate gezeitigt, daß die öffentliche Meinung mit jedem Monat immer besser den Unterschied einschätzte der zwischen der Zeit des Herrn Władysław Grabski und der Zeit seines Nachfolgers in die Erscheinung trat — zu großem Vorteil des früheren Finanzministers. Die Wahl des neuen Regierungschefs ist zweifellos unter dem Gesichtswinkel der wirtschaftlichen und sozialen Staatsnotwendigkeiten erfolgt. In parteipolitischer Hinsicht ist Herr Władysław Grabski bekanntlich neutral, was angesichts der erregten Parteileidenschaften für die Wahl spricht. Ferner spricht auch die persönliche Unbescholtenheit und die erprobte Uninteressiertheit des jetzt designierten Premiers mit. Die Berufung des Herrn Władysław Grabski wird überall um so größeren Eindruck machen, als sie ganz unerwartet kam. Die Nachrichten über die Zusammensetzung des Kabinetts werden mit Interesse erwartet. Nach unseren Informationen hat Herr Grabski bei der Uebernahme der Mission eine Verständigung mit dem Marschall Piłsudski bezüglich der Heeresangelegenheiten als notwendig erklärt.“

Die Erklärung Grabskis.

Um 4 Uhr morgens kam der Chef der Presseabteilung des Präsidiums des Ministerrates, Giełżyński, zum Klub der Sejmberichterstatter und erklärte im Namen des Herrn Władysław Grabski folgendes: „Angesichts des Scheiterns der Konzeption einer parlamentarischen Mehrheitsregierung hat der Staatspräsident nach einer Audienz des Sejmmarschalls Rataj um 11 Uhr nachts die Mission der Regierungsbildung Herrn Władysław Grabski übertragen. Dieser hat die Mission angenommen mit dem Vorbehalt, daß er keinen Ministerposten übernimmt. Im Laufe der Nacht vom 8. zum 9. Mai ist die Mehrheit der Posten mit Kandidaten besetzt worden. Am 9. Mai soll die endgültige Bildung des Kabinetts vollzogen werden.“

Es verlautet, daß von den Minister des Kabinetts Skrzyński der Innenminister Raczkiewicz bleiben wird. Der Posten des Kriegsministers soll nach einer Verständigung mit Herrn Piłsudski besetzt werden. Die allgemeine Tendenz des Herrn Grabski soll in der Richtung verlaufen, daß im Kabinett kein Parlamentarier wäre. Den Außenministerposten wird zweifellos Herr Skrzyński weiter bekleiden. Als Justizminister wird Wacław Makowski genannt, für den Posten des Kultusministers soll Kumaniecki in Betracht kommen. Eine andere Version spricht von der Kandidatur Ponikowskis. Den Posten des Ministers für öffentliche Arbeiten soll, wie verlautet, Herr Rebczyński übernehmen. Was den Finanzministerposten betrifft, so ist Herr Zdziechowski im Belvedere empfangen worden, aber über das Resultat der Konferenz ist zur Stunde nichts bekannt.

Grober Schwindel des Z. O. K. Z.

Wie für die nationalistische Hetze Tatsachen gefälscht werden.

Der aus seiner bisherigen Tätigkeit genügend bekannte Westmarkenverein Z. O. K. Z. hat in seiner Werbewoche, die er vom 31. Januar bis 7. Februar d. J. zur Füllung seiner leeren Kassen veranstaltet hat, u. a. auch Propagandakarten verkauft, die die schlechte Lage der Polen in Deutschland illustrieren sollen. Man sieht auf dieser Postkarte die Dorfschule in Nagladden in Ostpreußen und ein kleines Täfelchen mit der Aufschrift „Sonnabend 11 Uhr“ abgebildet. Nach dem Text soll der deutsche Lehrer in Nagladden Schulkindern, die er beim Polnischsprechen trifft, dieses Täfelchen aushändigen und das Kind, wenn es an dem angegebenen Tage das Täfelchen noch besitzt, verprügeln. Das Kind kann der Strafe angeblich nur entgehen, wenn es ein anderes Kind beim Polnischsprechen trifft und ihm das Täfelchen übergibt.

Wir haben über diese Karte bereits berichtet, und da wir uns obendrein die Erforschung der Wahrheit zur Richtschnur gemacht haben, sind wir der Behauptung des Westmarkenvereins auf den Grund gegangen und haben folgendes festgestellt:

In Nagladden im Kreise Allenstein (Ostpr.) hat tatsächlich der dortige Lehrer ein kleines Täfelchen mit der Aufschrift „Sonnabend 11 Uhr“ demjenigen Kinde seiner Schule übergeben, das er polnischsprechend antraf, mit der Weisung, es an ein etwa ebenfalls polnisch sprechend angetroffenes Kind weiter zu geben. Wer am Sonnabend um 11 Uhr im Besitz des Täfelchens war, sollte ermahnt werden, sich in Zukunft der deutschen Sprache im Umgang zu bedienen. Die Behauptung auf der Ansichtskarte des Westmarkenvereins, daß das betreffende Kind am Sonnabend um 11 Uhr von dem Lehrer verprügelt worden sei, ist völlig unwahr. Ebenso unwahr ist aber auch der vom Westmarkenverein offensichtlich erweckte Eindruck, daß sich der Vorfall jetzt noch abspielt, denn das an sich, wenn auch gut gemeinte, aber zweifellos etwas törichte Verhalten des Dorfschullehrers in Nagladden liegt bereits 4 (vier) Jahre zurück und ist von seiner vorgesetzten Behörde s. Zt. sofort abgestellt worden. Da dem Westmarkenverein diese Tatsache nicht unbekannt sein kann, liegt in dem jetzigen Druck der Karte und ihrem Vertriebe eine bewußte Verleumdung, die im Interesse der Vereinigung der nationalen Verhältnisse nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann.

In Wirklichkeit wird die polnisch sprechende Bevölkerung in Deutschland nicht bedrückt, sondern genießt vollste Freiheit. Ein kleiner Beweis dafür nur mag sein, daß dem Turnverein „Sokół“ in Berlin-Charlottenburg von der Stadt zu turnerischen Uebungen die Stadtturnhalle überlassen worden ist und daß bei den turnerischen Uebungen, die auf dem Hofe der Turnhalle, also allen Passanten sichtbar und hörbar stattfinden, unter Musikbegleitung die polnischen Nationallieder gesungen werden. Wie wäre es, wenn der Westmarkenverein, statt zu hetzen, eine Postkarte über diesen Vorgang vertriebe?

Politische Uebersicht.

Der französische Oberste Kriegsrat wird heute zur Beratung der Neuregelung der Heeresverfassung zusammentreten.

*

Die Internationale Gewerkschaftstagung hat beschlossen, die Kohlenausfuhr nach England in allen kontinentalen Häfen zu verhindern.

*

Reichspräsident von Hindenburg ist heute früh um 7.50 vom Anhalter Bahnhof nach Weimar abgefahren.

*

Die französische Artillerie hat den Stadtteil Meidan von Damaskus durch mehrstündige Bombardements in Trümmer gelegt.

Der polnisch-jüdische Vertrag.

Das Abkommen mit der Regierung.

Der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ bringt in Nr. 125 vom Sonnabend, dem 8. Mai, den polnisch-jüdischen Vertrag in Gestalt eines Kommunikats des Jüdischen Klubs, in dem es heißt: Direktiven auf Grund der bisherigen Konferenzen. **Die Regierung verpflichtet sich**

auf wirtschaftlichem Gebiete

in kürzester Zeit in Sachen der Sonntagsruhe

A. Maßnahmen zu treffen, die a) für die Juden, die den Sonnabend feiern, die Arbeit in den Geschäften über die übliche Norm hinaus verlängern, b) das bereits bestehende, aber von den unteren Organen nicht befolgte Rundschreiben bestätigen, nach dem Handwerker, die ohne Gesellen in geschlossenen Werkstätten arbeiten, das Recht haben, am Sonntag zu arbeiten.

B. 1. Einen Gesetzentwurf einzubringen, der den Zwang der Sonntagsruhe beseitigt oder wenigstens mildert, 2. in Sachen der Verfügung des Staatspräsidenten über die Revision der Monopolkonzessionen im Einvernehmen mit dem Jüdischen Klub eine Ausführungsverordnung zu erlassen oder einen Novellenentwurf unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Forderungen einzubringen, 3. bezüglich des Gewerbegesetzes wird die Regierung a) der Verschiebung von Märkten und Jahrmärkten auf den Sonnabend entgegenwirken, b) sich Versuchen entgegenstellen, die durch Schaffung von Innungen und dergl. das Gewerbegesetz zu Ungunsten der Juden konstruieren können, c) die unterstellten Beh[illegible]rf hinlenken, daß jüdische Angebote bei der Verteilung staatlicher Arbeiten und Lieferungen, von Monopolkonzessionen und dergl., sowie beim Verkauf von Staatsobjekten nicht deshalb zurückgewiesen werden, weil die Angebote von Juden stammen. Sie wird vielmehr eine sachliche Entscheidung der Angelegenheit anordnen.

Anmerkung: Wird Abänderungsvorschläge zum Gewerbegesetz einbringen, die die Organisation jüdischer Innungen ermöglichen, nach Maßgabe des Zusammenwirkens der Juden mit dem polnischen Staatselement; d) mit einem Rundschreiben oder auf andere Weise gegen den Wirtschaftsboykott vorgehen, der gegen die Juden von gesetzlich anerkannten Organisationen, wie z. B. dem „Rozwój“ oder der „Liga Ojczyzny i Wiary“ ausgeübt wird, mit der Drohung der Auflösung der Institutionen im Falle der Nichtbefolgung.

Anmerkung: Nach Maßgabe der Mitwirkung der Juden mit dem polnischen Staatselement. Diese Anmerkung hat der Abgeordnete Reich durchstrichen, der zugleich im Punkte d) an die Stelle der Worte „gegen den Wirtschaftsboykott und dergl.“ die Worte gesetzt hat „gegen den Antisemitismus von Institutionen“ . . . e) Im Zusammenhang mit der Bildung von Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern wird sich die Regierung bei der Ernennung von Mitgliedern derselben bzw. der Bezeichnung von Berufsverbänden, die das Recht haben sollen, solche Mitglieder vorzuschlagen, weder von Konfessions- noch von Nationalitätsmomenten leiten lassen. (Anmerkung: Ja.)

4. Auf dem Gebiete der Steuern und der Kredite a) wird die Regierung die Steuerbehörden darauf hinweisen, daß Nationalitäts- oder Konfessionseinflüsse keine Rolle spielen dürfen, b) daß die jüdische Bevölkerung in allen Organen, die Steuern beschließen bzw. veranlagen, entsprechend vertreten ist, c) die Regierung wird die Direktionen der staatlichen Kreditinstitutionen darauf hinweisen, daß sie sich bei der Verteilung der Kredite ausschließlich von sachlichen Rücksichten zu leiten hätten, d) in der Aktion des Wiederaufbaues des Landes, sowie auf dem Gebiete der Baukredite wird sie die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung berücksichtigen, e) die Regierung wird den jüdischen Handwerkern die Möglichkeit geben, Ermäßigungskredite für das Handwerk und die Kleinindustrie zu genießen, f) sie wird die jüdische Kooperationsbewegung unterstützen.

5. Im Bereich der Wirtschaftsinstitutionen wird die Regierung Juden in entsprechender Anzahl in die Räte von Wirtschafts- und Finanzinstitutionen berufen, die unter der Aegide der Regierung stehen.

6. Auf dem Gebiete der Agrarreform wird sie bei der Durchführung des Agrarreformgesetzes sich nicht von Konfessions- oder Nationalitätsrücksichten leiten lassen.

Insbesondere wird sie Anträgen jüdischer Landwirte die Ermächtigung erteilen, eine freiwillige Aufteilung von Gütern vorzunehmen, unter Berücksichtigung jüdischer Landwirte als Käufer. (Ja!)

Auf politischem Gebiet:

1. Die Regierung wird die Staatsbürgerfrage regeln.

2. Die Regierung wird die noch aus der Teilgebietszeit bestehenden gesetzlichen Beschränkungen der Juden aufheben (zum Herbst).

3. Die Regierung wird bestimmen, daß bei der Erledigung öffentlicher Angelegenheiten und beim Umgang mit den Bürgern nicht Konfessions- oder Nationalitätsrücksichten mitspielen.

4. Die Regierung wird eine bestimmte Anzahl von Juden in bestimmte Aemter jeglicher Kategorie aufnehmen, also auch zur Gerichtsapplikatur, mit besonderer Berücksichtigung in Ostgalizien rehabilitierter jüdischer Beamten, ebenso wie sie Juden als Staatsarbeiter, insbesondere Eisenbahnarbeiter aufnehmen wird (allmählich, zum Neujahr im Kultusressort).

5. Die Regierung wird sich allen Versuchen entgegenstellen, die darauf ausgehen, die Wahlordnung zu den gesetzgebenden Körperschaften und den Selbstverwaltungen in der Richtung einer Schmälerung der Rechte der jüdischen Bevölkerung zu ändern. (Wenn diese Fragen auf der Tagesordnung stehen werden.)

6. Die Regierung wird zur Ermöglichung der Auswanderung von Juden nach Palästina die zionistische Organisation legalisieren und dieser Organisation eine Konzession erteilen für eine Emigrationsbank (nach Beseitigung finanzrechtlicher Schwierigkeiten).

7. Die Regierung wird jüdische Soldaten mit entsprechenden Eignungen Unteroffizierschulen zuweisen. Nach Beendigung derselben werden die Absolventen zu Unteroffizieren ernannt. Die Verifizierung der früher erworbenen Offizierschargen, sowie die Ernennung zu Offizieren werden ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zur jüdischen Nationalität

erfolgen (mit Maßgabe der Mitwirkung der Juden mit dem polnischen Staatselement).

8. Die Regierung wird alle geheimen Rundschreiben zurückziehen, die sich gegen Juden richten, namentlich auf militärischem Gebiete (falls sie bestehen).

Auf kulturellem Gebiete:

1. Auf dem Gebiete der jüdischen Gemeinden wird die Regierung Verfügungen erlassen, die das Dekret des Staatschefs Pilsudski für die Ostmarken zurückziehen, und das Rundschreiben des früheren Ministers Miklaszewski in Sachen der Führung der Beratungen in der jüdischen Gemeinde in Warschau ändern. Sie wird ferner ein Rundschreiben erlassen, in dem eine Aenderung der Wahlordnung in Kleinpolen empfohlen werden soll. Sie wird auch einen Gesetzentwurf über eine Verständigung mit dem Jüdischen Klub bezüglich der Erweiterung des Wahlrechts im Sinne des Allgemeinwahlrechts und der Festlegung der jüdischen Gemeindeverbände im Forum eines Konfessionsrates einbringen (im Herbst oder im Winter).

2. Auf dem Gebiete des Schulwesens wird die Regierung Verfügungen erlassen, und Staatsschulen mit polnischer Unterrichtssprache und einer bedeutenden Anzahl von Unterrichtsstunden über Judaistik einführen, Volksschulen, mittleren Schulen und Seminaren mit hebräischer oder jüdischer Unterrichtssprache das Oeffentlichkeitsrecht zusprechen, den Besuch von Religionsstunden als Erfüllung einer Pflicht anerkennen, die sich aus dem Schulzwang (vor dem neuen Schuljahr) ergibt, Berufsschulen, die es besonders verdienen, Subventionen gewähren (Ja), und weitere Verfügungen, die Fortbildungskurse mit der Einsetzung einer staatlichen Prüfungskommission einrichten und von der Aufnahme judäischer Gegenstände in das Reifeprüfungsprogramm handeln (im Jahre 1926).

Ferner soll eine Verfügung vorbereitet werden, die das Programm des jüdischen Schulwesens im Einvernehmen mit dem Jüdischen Klub festlegt, und ein Rundschreiben, in dem festgestellt wird, daß Einschränkungen in der Aufnahme von Schülern in höhere Lehranstalten wegen Konfessions- oder Nationalitätsgründen nicht statthaben dürfen. Die Regierung wird ferner die Frage des Gebrauchs der jüdischen oder hebräischen Sprache in öffentlichen Versammlungen regeln.

Auf religiösem Gebiete:

1. Die Regierung wird Verfügungen erlassen, die die jüdische Schuljugend davon befreien, am Sonnabend und an sonstigen Feiertagen schriftliche Arbeiten zu tun (Ja), der jüdischen Schuljugend und den jüdischen Soldaten den Gottesdienstbesuch ermöglichen (Ja) und eine strengere Befolgung der Befehle höherer Vorgesetzter durch die unteren Formationen bezüglich der Beurlaubung von jüdischen Soldaten an allen Festtagen anordnen (Ja).

2. Die Regierung wird rituale Verpflegung jüdischer Soldaten ermöglichen und eventuell die Auszahlung des Kostgeldes an Soldaten, die sich außerhalb der Kaserne mit ritualen Lebensmitteln versorgen wollen, anordnen (Ja).

3. Die Regierung wird Absolventen staatlicher Seminare für Lehrer der jüdischen Religion die Erleichterungen gewähren, die Klerikern und geistlichen Kandidaten christlicher Bekenntnisse zustehen, insbesondere bezüglich ihrer Zuteilung zum Seelsorger- oder Sanitätsdienst für den Fall der Mobilisation (im Herbst oder Winter).

Warschau, 7. Juli 1925.

Unterschrift: Dr. Leon Reich.

Republik Polen.

Kongreß der Evangelischen in Wilna.

Der in Wilna vom 18.—20. Mai stattfindende Kongreß der Evangelischen ist bemerkenswert als ein neues Zeichen der im Gegensatz zu den früheren Absonderungsplänen sich immer stärker geltend machenden Einigungsbestrebungen innerhalb der evangelischen Gesamtkirche Polens. Diese besonders von reformierter Seite ausgehenden Bestrebungen sind unmittelbar veranlaßt nicht nur durch das noch immer ungeklärte Rechtsverhältnis der evangelischen Kirche zum Staat, sondern vor allem durch die bevorstehende Regelung der Ehegesetzgebung, die bei der starken katholischen Agitation für eine Regelung im Sinne des kanonischen Rechtes die Interessen der evangelischen Kirche bedroht.

Als Programm für die Wilnaer Tagung ist außer einem von den Geistlichen der augsburgischen, helvetischen und unierten Kirche gemeinsam gehaltenen Gottesdienst eine Huldigung für den Glaubensgenossen und Volksmärtyrer Simon Konarski an der Stätte seiner Hinrichtung hinter dem Troki-Tor, eine Ausstellung von Dokumenten, Gemälden usw. aus den Sammlungen der evangelisch-reformierten Synode in Wilna, sowie ein Vortrag des Kurators der Wilnaer Synode, Stefan Kader, über „Völkermoral und Ideologie eines Universalstaates" vorgesehen. Die Hauptarbeit in den Sektionen, sowie in der Vollsitzung entfällt auf den 19. und 20. Mai.

Preisregelungskommission.

Warschau, 10. Mai. (Pat.) Das Landwirtschaftsministerium hat sich an das Industrie- und Handelsministerium sowie das Finanzministerium mit der Bitte gewandt, ständige Vertreter für die Kommission zu delegieren, die in nächster Zeit dazu berufen werden soll, um den Plan der Arbeiten festzulegen, die die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte und der Industrieerzeugnisse herbeiführen sollen. Die offiziellen Koeffizienten der Großhandelspreise spiegeln nicht den tatsächlichen Stand der Dinge wider, denn sie stützen sich auf einen Preisvergleich mit den Vorkriegspreisen im ehemaligen Kongreßpolen, wo bekanntlich die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse bedeutend niedriger waren, als in anderen Teilgebieten, während die Preise für Industrieartikel höher standen. Neben den Mitteln der landwirtschaftlichen Produktion, Kunstdüngemitteln, Maschinen, landwirtschaftlichen Geräten usw. ist das Mißverhältnis besonders empfindlich hinsichtlich der Preise für Kleidung und Schuhwerk. Industrieartikel werden für den Landwirt, besonders den kleinen, immer weniger zugänglich. Infolge des Mißverhältnisses wird die Anwendung vervollkommneter Produktionsmittel unrentabel und die Landwirtschaften gehen zum extensiven Wirtschaftssystem zum Schaden der Staatsinteressen über. Ueberdies besteht wegen des übermäßig entfalteten Vermittlertums eine beträchtliche Differenz in den Preisen, die von den landwirtschaftlichen Produzenten erzielt werden und den Großhandelstransaktionspreisen. Solcher Stand der Dinge kann zu gefährlichen Folgen im Wirtschaftsleben des Staates führen. Die Inangriffnahme der Ausarbeitung von Mitteln der Besserung auf diesem Gebiete seitens der Regierung ist von größter Bedeutung.

Die Arbeitslosen.

Warschau 10. Mai. (Pat.) In der Zeit vom 27. März bis zum 1. Mai hat sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen um insgesamt 25 919 Personen verringert; sie betrug am 1. Mai 320 512. Eine **Verringerung** trat in folgenden Arbeitsvermittelungsbezirken ein. Warschau Land um 143. Żyrardów um 455, Ciechanów 251, Włocławek 442, Płock 967, Lodz 12 108 (Stadt Lodz 9500), Petrikau 291. Kalisch 867. Czenstochau 100. Sosnowice 218. Ostrowiec 486. Radom 1160. Siedlce 294. Białystok 398. Oświecim 590. Nowy Sącz 90. Biała 1108. Stanisławów 1831. Tarnopol 606 Lemberg 790. Baranowice 86 Równe 556, Brześć am Bug 281. Wilna 311. Schlesische Wojewodschaft 1094. Bromberg 296 Gnesen 380 Kosten 160, Lissa 465. Inowroclaw 483. Berent 997, Starogard 148. Eine **Vermehrung** der Zahl der Arbeitslosen wiesen folgende Bezirke auf: Kielce 420. Lublin 105. Grodno 295 Przemyśl 575, Drohobicz 171. Krosno 113. Ostrów 203, Samter 200, Graudenz 193, Thorn 53. Die Abnahme betraf in der Hauptsache folgende Gruppen: Bauarbeiter 3620, Textilarbeiter 3519. Metallarbeiter 669 Bergarbeiter 390. Eine Zunahme trat in der Gruppe der Hüttenarbeiter (608) und der Geistesarbeiter (883) ein. Die Zahl der Nichtvollarbeiter erfuhr folgende Änderungen: Die Zahl der Arbeiter, die einen Tag in der Woche arbeiten nahm um 1320 zu die der zwei Tage Arbeitenden um 2543, die der fünf Tage Arbeitenden um 9852, während die Zahl der Arbeiter, die drei Tage arbeiten, um 8867 und die der vier Tage Arbeitenden um 4035 zurückging.

Die Frage des Port d'attache in Danzig.

Ein gelöster Konflikt.

Polnische Blätter bringen die Nachricht, daß in diesen Tagen in Gdingen die polnische Kriegsflotte aus Danzig und Putzig, wo sie überwintert hat, eintreffen werde. Bekanntlich lagen bisher immer während eines großen Teiles des Jahres die polnischen Kriegsschiffe in Danzig, und an diesen Umstand knüpften sich auch die vielen Erörterungen über den sogenannten Port d'attache, die Benutzung Danzigs als Hafen für die polnische Kriegsflotte, die seit dem Abkommen vom 8. Oktober 1921 zu einem gewissen Stillstand gekommen sind.

Hierzu bemerken die „Danz. Neuesten Nachr." folgendes:

„Dieser Streit um den Begriff des Port d'attache hatte, wie erinnerlich, seinen Grund darin, daß Danzig, internationalem Brauche folgend, den Port d'attache nur als Anlegehafen betrachtet, Polen aber ihn als Heimathafen aufgefaßt wissen wollte. Da nunmehr die polnische Presse meldet, daß die polnische Kriegsflotte nach Gdingen überführt wird und dort auch nächsten Winter verbleiben werde, weil die dortigen Hafenbauarbeiten so weit abgeschlossen sein werden, daß damit der Hafen offenbar seinen Zweck erfüllt, scheint es, daß auch diese Angelegenheit damit nun beigelegt ist.

Wir verzeichnen das mit Genugtuung als einen Verständigungsakt Polens, der der Einsicht entspringt, daß die seinerzeit von Danzig und auch von uns erhobenen Hinweise, daß der Gdinger Hafen, der in seiner wesentlichen Anlage ja als militärischer Stützhafen gedacht ist, die gegebene Unterkunft für die polnische Flotte ist, zu Recht bestehen. Bekanntlich ist Danzig durch Beschluß des Völkerbundes eine Bestimmung in die Danziger Verfassung gegeben worden, wonach Danzig nicht zu einer Marine- oder Militärbasis gemacht werden darf. Die Frage, ob dessen ungeachtet die polnische Flotte den Danziger Hafen als Standhafen ansehen dürfe, bedeutete im Zusammenhang mit anderen Erscheinungen gewissermaßen immer eine Durchbrechung dieser Bestimmung. Der Völkerbundsrat hat es nicht vermocht, in diesem Dualismus eine klare Entscheidung zu schaffen und so griff er, wie immer in schwierigen Fällen, zu einem dilatorischen Mittel und legte der Danziger Regierung auf Grund eines besonderen Sachverständigengutachtens nahe, wenigstens vorübergehend mit der regelmäßigen Besetzung Danzigs durch polnische Kriegsschiffe sich einverstanden zu erklären. Infolge dieser Haltung der Genfer Instanzen kam es dann zu dem Abkommen vom 8. Oktober 1921, das ausdrücklich als ein provisorisches Abkommen bezeichnet ist, und das folgenden Wortlaut hat:

1. **Polen wünscht den Hafen von Danzig durch seine Kriegsschiffe weiterhin zu benutzen, bis die Frage eines** Port d'attache **durch den Rat des Völkerbundes entschieden ist.**
2. **Polen wird dem Präsidenten des Senats hinsichtlich der Zahl der Schiffe, welche Polen im Hafen zu belassen wünscht, unterrichten, und der Präsident des Senats wird keine Einwendungen gegen das Verbleiben dieser Schiffe im Hafen erheben.**
3. **Der Hafenausschuß wird für die notwendigen Liegeplätze für diese Schiffe sorgen.**
4. **Diese Vereinbarung verpflichtet keine der Parteien bezüglich irgend eines späteren Uebereinkommens über diesen Gegenstand zwischen den beiden Staaten oder bezüglich irgend einer Entscheidung des Rates.**

Diesem Abkommen war ein Gutachten einer besonderen Sachverständigenkommission des Völkerbundes vorausgegangen, in dem ausdrücklich festgestellt worden war, daß Polen das Recht, den Hafen von Danzig für seine Kriegsflotte zu benutzen, nur bis zu dem Zeitpunkt genießen solle, zu dem der neue polnische Hafen in Gdingen in seinem Bau entsprechend weit vorgeschritten sei. Dieser Zeitpunkt ist nach den Meldungen der polnischen Blätter nunmehr eingetreten und die jetzige Uebersiedlung der polnischen Flotte nach Gdingen entspricht somit zugleich den seinerzeit geäußerten Ansichten der Instanzen des Völkerbundes. Das vorerwähnte provisorische Abkommen wird damit aufgehoben werden können. Erinnern wir uns recht, so hat der Rat des Völkerbundes durch einen Beschluß der Januartagung 1922 sich diesen Akt ausdrücklich vorbehalten.

Selbstverständlich werden die polnischen Kriegsschiffe auch nach Aufhebung des Abkommens ebenso wie die Kriegsschiffe jeder anderen Nation in bestimmten Fällen die Möglichkeit haben, den Danziger Hafen unter Beobachtung der üblichen Gebräuche aufzusuchen. Für die polnische Flotte wird aber durch ihre Domizilierung im Gdinger Hafen entschieden eine Verbesserung gegeben sein. Für Danzig wird sich aus dieser Lösung ebenfalls eine Verbesserung ergeben, jedoch anderer Art. Für einen Handelshafen bedeutet nämlich die Anwesenheit von Kriegsschiffen, insbesondere so weit es das Ein- und Auslaufen dieser Schiffe betrifft, immerhin eine unbequeme Störung des Handelsverkehrs. **Im Danziger Hafen macht sich infolge der Eigenart seiner Anlage beim Ein- und Auslaufen dieser Schiffe diese Störung besonders fühlbar. Hinzu kam, daß bei irgend welchen Unfällen, die dabei entstehen konnten, die Gefährdung des Handelsverkehrs nicht bloß besonders unangenehm empfunden, sondern zugleich auch durch das Aufspringen eines gewissen gegenseitigen Mißtrauens bezüglich der Schuldmomente eine Atmosphäre unbehaglicher Spannung geschaffen werden konnte. Wir erinnern an den Unglücksfall des polnischen Torpedojägers „Kaszub" im Danziger Hafen, bei dem ein Teil der polnischen Presse sofort und, wie nachgewiesen, ganz unbegründet Beschuldigungen von einem Attentat und ähnlichen Dingen erhob, und an den schweren Zusammenstoß eines polnischen Torpedobootes bei seinem Einlaufen in den Danziger Hafen mit einem auslaufenden ausländischen Handelsschiff.**

Die nunmehrige Lösung bedeutet also für beide Teile eine Verminderung von Unbequemlichkeiten und damit einen angenehmeren Zustand. Es ist erfreulich, daß diese Besserung durch einen eigenen Entschluß Polens herbeigeführt wird, und daß dabei vermieden ist, neuerdings Wege des Streites zu begehen."

Spatenrecht.

Roman von **Sophie Kloerss.**

(31. Fortsetzung). (Nachdruck verboten.)

„Wer hat das getan? Wer kann das getan haben?" fragte die Frau verstört, als sie alles erfuhr.

„Ludolf, wer hat die Kraft, den Block da hineinzuwälzen?" Ihre angstvollen Augen sprachen deutlich genug.

„Er braucht nicht übermäßige Kraft gehabt zu haben. Mit solchem Hebeeisen geht es ganz gut, sonderlich, wenn er vielleicht einen Helfer gehabt hat."

„Aber warum? Warum?"

„Man kann nur denken, daß es mir gegolten hat. Wenn der Sturm gekommen wäre, und die Wellen wären hoch gegangen, hätte viel Wasser eindringen können. Und all das Salzwasser auf die Äcker und Wiesen. Ich hab' es ja noch nicht erlebt, aber Du selbst hast mir erzählt, was das für Not bringt."

„Haßt Dich denn der Vater so? Oder gilt es doch der Gemeinde?"

Langsam sagte er, und seine Augen gingen hinüber zur Wurt des Deichgräfen: „Muß es der Vater gewesen sein?"

„Ludo!" schrie sie hell auf. „Glaubst Du das? — Nein, nein, ein Mensch mit wachem Sinn kann das nicht tun."

Da sagte er ihr von seinem Zusammentreffen mit Addo Rickmers.

„Das ist hart," flüsterte sie. „Das tut mir weh. Er war immer gut, und wenn er auch nicht der war, dem ich mich geben konnte, er war doch ein lieber Freund seit der Kinderzeit. Ich wußte es doch, es geht jetzt um mich. Die Thedingas haben das nicht um die Rickmers verdient."

„Darum muß ich doppelt wachen und sorgen für den Deich und die Gemeinde. — Komm, jetzt kann hier nichts geschehen, und morgen geh' ich mit den Knechten zur Ebbezeit her, und wir holen den Stein heraus aus dem Siel und sprengen ihn, dann kann er auch in Zukunft nicht wieder schaden."

„Wir wollen nicht darüber sprechen, Lieber."

„Ich spreche nicht darüber. Aber die Augen will ich doppelt offen halten."

Sie gingen heim, und über ihrer stillen, schönen Weihnachtsfreude lag ein Schatten.

Lützelberger schauerte in der frostharten Luft, denn er hatte bis zum Leib im eisigen Wasser gestanden, und sie liefen fast, um ihn zu erwärmen.

Eno Thedinga, der draußen gewesen, als sie gingen, saß in seinem Stuhl am Feuer, als sie kamen, sah die nasse Kleidung des Eidams, fragte aber nicht ein Wort. — Man wußte jetzt oft nicht, ob er erfaßte, was seine Augen sahen. — Lützelberger blickte ihm scharf in das Gesicht, der Alte veränderte keine Miene.

Stumpf und dumpf saß er da, und seine Hände zitterten leise, wie sie es taten seit einigen Monden. — Waren es diese Hände gewesen, die die Salzflut über das eigene Land reißen wollten? War hinter dieser gefurchten Stirn der böse Gedanke zur Tat geworden?

Ich werde wachen, dachte der junge Bauer. Du tust von heute an keinen Schritt, um den ich nicht weiß.

*

Es war keine leichte Arbeit, den Alten zu bewachen, sonderlich weil er von der Bewachung nichts merken durfte. Aber sie hielten Tag und Nacht Augen und Ohren offen.

Daß ein Wechsel in den Stuben eingetreten war, kam ihnen zu Hilfe.

Seit der Hochzeit hatten sie die erhöhte Stube neben der Diele inne, wie es seit alters her gewesn war. Da stand das breite Bett, die eisenbeschlagene Truhe mit dem selbstgesponnenen Linnen, da war unter den Fenstern die zweisitzige Bank mit Kissen belegt, deren bunte Decken Almut nach Art der Heimat auf dem kleinen Webstuhl selber gefertigt hatte, da blühten auf dem Fenstersims Goldlack und Nelken und Veilchen.

Der Alte aber war in die Stube im Giebel gezogen, und wenn er nachts hätte das Haus verlassen wollen, wäre er von der knarrenden Treppe verraten worden.

Wie oft fuhr Lützelberger hoch aus seinem Schlaf, meinte dies Knarren gehört zu haben, lauschte atemlos und spürte endlich, daß seine Unruhe ihn wieder einmal getäuscht hatte.

Wie oft, wenn der Bauer von der Wurt niederging in das Land, stand er und sah ihm verhohlen nach, und wandte der seine Schritte zum Deich, so ging er auf den Boden und sah hinüber nach Norden und verfolgte jede Gestalt mit den Augen, die dort auftauchte, und war der Alte heimgekommen, so schritt er selber hin und spürte an jedem Siel und untersuchte Wehr und Vorland und die Deichkappe und hatte acht auf jedes Mauseloch im Boden und auf jeden Wechsel in der Kante des Strandes, und lernte dabei von Tag zu Tag mehr von Ebbe und Flut und Wogen und Winden und stand bisweilen und sah zur blauen Ferne, wo zur Ebbezeit Sande und Watten gedrängt zwischen Wasserläufen und Kuhlen lagen, kaum zwei, drei Ellen unter der wechselnden Flut, und seine Gedanken zogen Dämme zwischen den Sanden und verbanden sie und bauten an auftauchendem Lande, das einst lachend und grün unter dem Himmel gelegen und einmal wiederkehren sollte zum Sonnenlicht.

Kam er heim von diesen Gängen, hatte er einen nach innen gekehrten Blick, und Almut fragte nicht, wo er gewesen und was er denke. Sie achtete sein Schweigen, denn sie war ein feiner, kluger Mensch, und Geschwätzigkeit war nie ihr Fehler gewesen.

Wäre nicht der Winter Herr gewesen, dies Aufpassenmüssen hätte Lützelberger zu viel von seiner Zeit gestohlen. Auch so empfand er auf die Dauer die Last. Da erwuchsen ihm Helfer in den zwei Kindern. Mehr als einmal war Walter, der stark und groß war für sein Alter, in Wind und Wetter mit ihm gelaufen, und er hatte ihm die Augen geöffnet für das Land.

Dann begann er ihm eines Tages zu erzählen, wie der Großvater oft krank sei und man Sorge trage um ihn, daß er einmal vom Wege abirren oder zur Ebbezeit zu weit hinauswandern könne in das Watt. Daß die Flut ihn überraschen oder der Nebel über ihn herfallen könnte, und wie der alte Mann dann nie heimfinden werde.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Schreiben des Reichspräsidenten zur Flaggenfrage.

Berlin, 10. Mai. (R.) Der Reichspräsident hat gestern abend an den Reichskanzler nachstehendes Schreiben gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Die zweite Verordnung über die deutsche Flaggenfrage vom 5. Mai 1926 ist in der Oeffentlichkeit erheblichen Mißverständnissen begegnet.

Die außen- und wirtschaftspolitischen Ereignisse der letzten Zeit, die einer neuen Geltung Deutschlands im Auslande den Weg ebneten und uns wieder in die Weltwirtschaft eingliederten, erfordern eine starke Mitwirkung der Deutschen im Auslande und ein freudiges Bekennen aller Auslandsdeutschen zum Deutschtum bei öffentlichen Kundgebungen. Dem stand im Auslande unter besonders schwierigen Begleitumständen der unselige Flaggenzwist hindernd im Wege. Diesem Uebelstand soll durch die Verordnung vom 5. Mai d. Js. abgeholfen werden, und ich bin überzeugt, daß dieser Zweck mit der Verordnung auch erreicht wird.

Nichts liegt mir — wie ich bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht habe — ferner, als die durch die Verfassung bestimmten Nationalfarben zu beseitigen. Ich bin vielmehr nach wie vor fest entschlossen, die Flaggenfrage nur auf der Grundlage der Verfassung zu behandeln.

Leider hat sich aber aus den Erörterungen Interesse und Oeffentlichkeit erneut ergeben, wie verhängnisvoll und gefährlich für unser Volk der schwebende Streit um die Flagge ist. In absehbarer Zeit auf verfassungsmäßige Weise einen versöhnenden Ausgleich zu schaffen, der dem gegenwärtigen Deutschland und seinen Zielen entspricht und zugleich dem Werdegang und der Geschichte des Reiches gerecht wird, ist mein innigster Wunsch. Ich bitte Sie deshalb, Herr Reichskanzler, zu geeigneter Stunde sowohl mit den gesetzgebenden Faktoren im Reiche, als auch mit den an dieser Frage besonders interessierten Vereinigungen in Verbindung zu treten, um diesem Ziel nachdrücklichst zuzustreben. Möge der Zeitpunkt nicht fern sein, wo sich das deutsche Volk wieder freudig um ein und dasselbe Symbol seines staatlichen Daseins schart. Mit der Versicherung meiner hohen Wertschätzung und mit freundlichen Grüßen bin ich Ihr sehr ergebener **von Hindenburg**."

Der Flaggenstreit in Deutschland und eine drohende Regierungskrise.

Obwohl der Reichstag am Sonnabend das kommunistische Mißtrauensvotum gegen das Kabinett gegen die Stimmen der Kommunisten und der Völkischen bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten mit den Stimmen aller übrigen Parteien abgelehnt hat, kann von einer wirklichen Entspannung der innenpolitischen Situation doch eigentlich nicht gesprochen werden. Wenn auch die Haltung der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten den Schluß zuläßt, daß sie ernstlich den Bestand des Kabinetts Luther nicht zu gefährden gedenken, so wird doch die Erörterung der Flaggenverordnung in der Presse mit aller Intensität fortgesetzt.

Wie die Blätter melden, haben gestern im Reichstage interfraktionelle Besprechungen zwischen den Regierungsparteien stattgefunden, an denen auch Dr. Külz teilnahm. Wenn auch die Besprechungen, die die verschiedenen Möglichkeiten eines Ausgleichs der Gegensätze unter den Regierungsparteien zum Gegenstand hatten, zu keinem greifbaren Ergebnis führten, so wurde in ihnen doch, wie die „Tägliche Rundschau" mitteilt, betont, daß an der gegenwärtigen Regierungskoalition festgehalten werden müsse. Keine Regierungsfraktion könne die Verantwortung dafür übernehmen, wegen des Flaggenerlasses eine Krise von unübersehbaren Folgen heraufzubeschwören.

Auch die „Germania" sieht die Lage nicht mehr so kritisch an. Das Blatt schreibt: Eine Erklärung der Regierung, die der Stimmung in sämtlichen Regierungsparteien entgegenkommt, könnte nach der Auffassung parlamentarischer Kreise vielleicht die Grundlage zu Verhandlungen bieten, die einen Ausweg aus der Krise zeigen.

In der demokratischen Fraktion, die im Anschluß an die interfraktionellen Besprechungen gleichfalls unter Teilnahme des Reichsministers des Innern zusammentrat, soll man jedoch, laut „Vossischer Zeitung", der Versöhnungsaktion sehr skeptisch gegenüberstehen. Reichsminister des Innern Dr. Külz, der gestern nach Düsseldorf abgereist ist, trifft dort mit dem Reichskanzler Dr. Luther zusammen und wird diesen über den Fortgang der Parteibesprechungen in Berlin unterrichten.

Inzwischen ist von demokratischer Seite ein neues Moment in die Auseinandersetzung hineingebracht worden und zwar durch den Artikel eines Rechtslehrers im „Berliner Tageblatt", in dem dieser sich nachzuweisen bemüht, daß die Reichsregierung beim Erlaß der Verordnung den Artikel 67 der Reichsverfassung verletzt habe.

Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichsrat ist von den Reichsministern über die Führung der Reichsgeschäfte auf dem Laufenden zu halten. Zur Beratung über wichtige Gegenstände sollen von den Reichsministern die zuständigen Ausschüsse des Reichsrates zugezogen werden."

Beide Sätze dieses Verfassungsartikels sind nach Auffassung des Rechtslehrers von der Reichsregierung dadurch verletzt worden, daß sie dem Reichsrat von der beabsichtigten Verordnung keinerlei Kenntnis gegeben und die Verordnung ohne Fühlungnahme mit dem Reichsrat erlassen hat.

„Es wird Aufgabe der preußischen Regierung sein, so heißt es zum Schluß des genannten Artikels mit allem Nachdruck, Vorstellungen gegen die Verletzungen der genannten Verfassungsbestimmungen bei der Reichsregierung zu erheben. Hier liegt ein solidarisches Interesse aller Länder vor. Nur so wird es möglich sein, dieser ungesetzmäßigen Verordnung das Schicksal zu bereiten, das sie verdient."

Hier soll also eine letzte Plattform für den Kampf gegen die Verordnung errichtet werden. Ob die preußische Regierung bereit ist, diesen Kampf aufzunehmen, ist aber zweifelhaft.

Schließlich haben sich auch die Gewerkschaften mit der Flaggenfrage beschäftigt und nach eingehender Debatte eine Entschließung angenommen, in der sie laut und entschieden dagegen protestieren, daß durch die Herabsetzung der Zeichen der Republik das vertrauensvolle Verhältnis des Auslandes zu dem deutschen Volke vernichtet wird.

Man wird vorerst tatsächlich von einer Entspannung der Situation noch nicht sprechen können. Dennoch braucht man nicht anzunehmen, daß die Erörterungen über die Flaggenfrage notwendigerweise eine Regierungskrise zur Folge haben werde. Der Reichskanzler selbst scheint übrigens auch durchaus optimistisch zu sein und rechnet damit, daß er der parlamentarischen Opposition Herr werden wird.

Deutsches Reich.

Die Demokraten für Reichstagsauflösung.

Berlin, 10. Mai. (R.) Der „Montag-Morgen" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, Dr. Koch, in der dieser erklärt habe, die demokratische Partei sei nicht geneigt, in irgend einer Weise Plänen beizustimmen, die geeignet wären, den Gegnern der schwarz-rot-goldenen Reichsfahne irgend welche Konzessionen zu machen. Falls die Krise sich weiterhin zuspitzen sollte, was anzunehmen sei, bleibe nichts übrig als die Auflösung des Reichstages.

Eine Verbrecherhöhle in Berlin.

Aus Berlin wird berichtet: Vor einigen Tagen mieteten ein Mann und eine Frau, die sich Stein und Markowitsch aus Warschau nannten, in der Rosenthaler Straße in Berlin ein Pensionszimmer, brachen durch den Fußboden des Zimmers in ein Konfektionsgeschäft ein und suchten mit den gefüllten Koffern das Weite. Die Polizei setzte sofort nach Lautwerden des Verbrechens alles ein, um der Einbrecher habhaft zu werden, doch konnten die Behörden in den ersten Tagen wenig Erfolge verzeichnen. Nach längerem Suchen fand sich der Kutscher, der dem Verbrecher geholfen hat, die Koffer nach der Bahn zu bringen, und nach dessen Beschreibung der Persönlichkeit des Verbrechers setzte die Untersuchung weiter ein. Beamte stießen in der Templiner Straße auf einen Schusterkeller, der drei Brüdern Bruck gehört, die aus Galizien zugewandert sind. Dieser Keller starrte vor Schmutz und Ungeziefer, und es war für die Beamten eine ekelerregende Aufgabe, ihn gründlich zu untersuchen. Unter einem Haufen von Lumpen fand man die beiden altertümlichen Koffer, in denen die Einbrecher in das Pensionat geschafft worden waren. Die Gebrüder Bruck versicherten natürlich, daß sie lediglich aus „Gutmütigkeit" die Koffer einem unbekannten Manne untergestellt hätten. Ein Teil der Beute wurde noch gefunden. Während die Beamten den Keller durchsuchten, kamen verschiedene Leute, die nicht gerade den besten Eindruck machten. Sie wurden alle festgestellt, man konnte ihnen jedoch vorläufig nichts Strafbares nachweisen. Es gelang aber, einen der Einbrecher, einen Mendel Kryzepiky, einen gewerbsmäßigen Taschendieb und Geschäftseinbrecher, zu verhaften. Er bestreitet natürlich seine Teilnahme an dem Einbruch, ist aber als der Begleiter des Kutschers wiedererkannt worden. Zu der Bande des Verhafteten gehören noch ein Laib Winter und ein Avrum Roterband, die augenblicklich von der Kriminalpolizei noch gesucht werden.

Zum Streik in England.

London, 10. Mai. (R.) Der Gewerkschaftskongreß hat zahlreiche Angebote finanzieller Unterstützung von auswärtigen Ländern erhalten. Er hat diese sämtlichen Angebote ebenso abgelehnt wie das russische.

Der Präsident des Bergarbeiterverbandes forderte in einer Rede die Arbeiter auf, passiv und stark zu bleiben. Brutalität müsse ausgeschlossen werden.

Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook erklärte in einer Rede: Friede sei möglich. Die Arbeiter bekämpften nicht die Verfassung. Dies sei ein Kampf um Brot, um ein auskömmliches Leben. Er trat für die Schließung der Ausschänke ein und sagte, die Arbeiter brauchten klare Köpfe bei diesem Kampfe.

Die Eisenbahngesellschaft teilt eine weitere Vermehrung des Dienstes von heute ab mit.

„British Gazette" dementiert die Gerüchte über geheime Zusammenkünfte zwischen Mitgliedern der Regierung und Arbeiterführern.

Der neue Frankensturz.

Verstimmung mit England.

Der französische Ministerrat befaßte sich mit einer ganzen Reihe von bedeutenden Tagesfragen. Ministerpräsident Briand erstattete zunächst Bericht über die Lage in Syrien und Marokko und über die von französischer Seite geplanten neuen Maßnahmen zur Organisierung der Sachlieferungen. Justizminister Laval machte sodann Mitteilungen über geplante Maßnahmen gegen die Agitation, die sich in der elsässisch-lothringischen Presse gegen die freiwillige Steuerabgabe bemerkbar macht. Der größte Teil der Verhandlungen wurde jedoch durch Erörterungen über den neuen Frankensturz in Anspruch genommen. Eine amtliche Mitteilung besagt hierüber lediglich, daß die Regierung sofortige Maßnahmen beschloß, die durch die Lage geboten seien. Etwas ausführlicher äußerte sich nach Beendigung der Sitzung Finanzminister Péret über diese Angelegenheit.

Herr Péret erklärte, daß nach einstimmiger Ansicht des Kabinetts die neue Hausse der englischen und amerikanischen Devisen darauf zurückzuführen sei, daß **englische Banken große Mengen von Pfunden aufkaufen**, um den finanziellen Rückwirkungen des Streiks zu begegnen. Diese Auffassung entspricht der Anschauung, die gestern auch allgemein in finanziellen Kreisen verbreitet wurde. Herr Péret fügte im übrigen beruhigende Erklärungen hinzu, indem er darauf hinwies, daß die staatlichen Finanzen zu keinerlei Beunruhigungen Veranlassung gäben.

Die Wirkung, die diese amtlichen Beschwichtigungsversuche auf das große Publikum ausüben dürften, wird, wie sich aus den Kommentaren der Presse ergibt, nicht übermäßig groß sein. Der neue Frankensturz, der über alle Erwartungen mit dem Beginn des englischen Streiks einsetzte, hat die Zusammenhänge, die gegenwärtig auf dem Devisenmarkt wirksam sind, sehr klar zutage treten lassen.

Die allgemeine französische Auffassung geht dahin, daß England, indem es durch Abgabe großer Frankensummen Pfunde aufkauft, den Goldstandard der englischen Devise auf Kosten der französischen verteidigt. Die Blätter betonen allgemein die Notwendigkeit von Maßnahmen, weisen jedoch zugleich darauf hin, daß dabei die größte Vorsicht notwendig ist, da **die französischen Reserven in ausländischen Devisen nicht genügend seien**, um den Kampf mit der englischen Finanzmacht aufnehmen zu können. Selbstverständlich wird das englische Vorgehen auf ein von maßgebender Londoner Seite ausgegebenes Losungswort zurückgeführt, und deshalb dürfte die ganze Angelegenheit auch in politischer Hinsicht eine erhebliche Verstimmung zurücklassen.

Und wieder Krieg ...

Bombardement der Rifstellungen.

Das Scheitern der marokkanischen Friedensverhandlungen wird auf französischer Seite selbstverständlich vollkommen dem schlechten Willen Abd el Krims zur Last gelegt. Es wird jetzt erklärt, daß die Verhandlungen niemals große Aussicht auf Erfolg geboten hätten, daß sie verfrüht gewesen seien und daß es den Führern der Rifleute nur darauf angekommen sei, Zeit zu gewinnen und das persönliche Ansehen Abd el Krims bei den Stämmen durch die Tatsache zu festigen, daß die beiden europäischen Mächte einwilligten, mit ihm als berufenen Vertreter des Rifgebietes zu verhandeln. Eine Verständigung mit Abd el Krim sei unmöglich gewesen, da er keines seiner politischen Ziele aufgegeben habe. Er verlange noch immer die Errichtung eines völlig unabhängigen Rifstaates unter seiner Herrschaft. Weder über die Autonomie, noch über die Entwaffnung, noch über die Entfernung Abd el Krims, noch über die Gefangenenfrage hätten die Rifdelegierten irgendwelche Zugeständnisse machen wollen.

Die Enttäuschung der Linken über diese Wendung der Dinge ist offensichtlich sehr groß und dürfte im Parlament zu erheblichen Schwierigkeiten für das Kabinett führen.

Dagegen kommt dem Organ der Rechten das Scheitern dieser Friedensverhandlungen keineswegs ungelegen. Von dieser Seite verlangt man nun, daß der Krieg jetzt mit allen Mitteln bis zur völligen Niederwerfung Abd el Krims fortgesetzt werde, wobei man sich insbesondere auf die gleiche Ansicht der leitenden spanischen Persönlichkeiten beruft.

Einige Telegramme vom Kriegsschauplatz berichten, daß das Bombardement der Rifstellungen bereits begonnen habe. Nach anderen Informationen seien die französisch-spanischen Truppen sogar seit 24 Stunden bereit, ihren Vormarsch aufzunehmen.

Als Ziel der Offensive wird nicht nur die Erreichung bestimmter strategischer Stellungen angegeben, sondern auch die Lostrennung gewisser Stämme aus dem Machtbereich Abd el Krims, der auf diese Weise der nötigen Unterstützung beraubt sein soll. Die Truppen, die von Fez zur Front abgehen, sollen sich in bester moralischer Verfassung befinden.

Aus anderen Ländern.

Schreckliches Ende einer Schülerfahrt.

Berlin, 10. Mai. (R.) Nach einer Meldung des „Montag" hatten die Schüler einer Volksschule in Bulgarien am Sonnabend einen Ausflug zu Schiff veranstaltet. Bei der Heimkehr mußte der Dampfer auf offenem Meer vor Anker gehen. Die Kinder mußten in Booten an Land gebracht werden. Bei heftigem Sturm kenterte ein mit 40 Kindern besetztes Boot. 25 Kinder ertranken.

Englischer Kronrat.

London, 10. Mai. (R.) Der König hielt am Sonntag abend einen Kronrat ab, an dem Balfour, der Atterney-General und der Innenminister teilnahmen.

Persien und die Türkei.

Zwischen den beiden Regierungen ist ein auf fünf Jahre laufender Vertrag unterzeichnet worden, dessen Ratifizierung in den nächsten Tagen erfolgen wird. Gegenstand der Verträge sind die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Länder zueinander. Alle Beziehungen zueinander sollen aufrecht erhalten bleiben. Gleichzeitig sieht der Vertrag strikte Neutralität in dem Falle vor, wenn einer der beiden Staaten in einen Krieg verwickelt werden könnte. Ein weiteres Abkommen über die Handels-Post und Zollbeziehungen soll in den nächsten sechs Wochen zwischen beiden Regierungen geschaffen werden.

Amundsens Norge in Spitzbergen gelandet.

Aus Oslo wird von der „Havas" gemeldet: Die „Norge" ist um ½7 Uhr früh in Kings-Bay gelandet. Der norwegische Aeroklub hat aus Spitzbergen heute durch Funkspruch die Nachricht erhalten, daß das Luftschiff „Norge" dort wohlbehalten angekommen ist. Die „Norge" hat Badsö, die Zwischenstation auf dem Fluge von Leningrad nach Spitzbergen, nach 2 Uhr 46 Minuten früh verlassen und ist gegen ¾11 Uhr in Kingsbai gelandet. Der Flug war von schönem Wetter begünstigt.

Ein Amerikaner überfliegt den Nordpol.

Neuyork, 10. Mai. (R.) Ein Korrespondent der „Neuyork Times" in Spitzbergen berichtet, daß der amerikanische Fliegerleutnant Bird den Nordpol erreicht und überflogen habe und wohlbehalten gestern um 4½ nachmittags nach einem 15½stündigen Flug nach Spitzbergen zurückgekehrt sei.

Auch St. Louis Post Dispatch berichtet, daß Kommandeur Bird den Nordpol erreicht hat. Bei seiner Ankunft in Kingsbay wurde er von der gesamten Bevölkerung, sowie von Amundsen und der Besatzung des Luftschiffes „Norge" begrüßt.

Ausgrabungen.

Nach Meldungen aus London haben die Ausgrabungen, die vom theologischen Seminar der Xenia, gemeinsam mit der amerikanischen Schule für Orientforschung in der alten kanaanitischen Königsstadt Krijath Sepher in Südpalästina vorgenommen werden, eine der vollständigsten und besterhaltendsten alt-kanaanitischen und israelitischen Niederlassungen zutage befördert. Die Mauern sind 40 Fuß hoch und 10 bis 14 Fuß breit. Komplizierte Toranlagen und Bogen sind in großer Zahl vorhanden. Die Ruinen lassen darauf den Schluß zu, daß die Stadt in der Zeit zwischen 2000 und 600 vor Christi Geburt erbaut worden sein muß. Diese Entdeckung wird als vollkommen einzigartig in der Geschichte der Ausgrabungen in Palästina bezeichnet.

Letzte Meldungen.

Regierungskrise in Deutschland?

Berlin, 10. Mai. (R.) In den Mittagsstunden fand eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und den Regierungsparteien statt. Wie in demokratischen Kreisen verlautet, sollen die Demokraten den Rücktritt des Reichskanzlers gefordert haben.

Schneefall in Oberschlesien.

Beuthen, 10. Mai. (R.) In letzter Nacht ist in Oberschlesien 5 Zentimeter hoher Schneefall eingetreten.

Schweres Unglück auf der Hütte „Phönix".

Duisburg, 10. Mai. (R.) Heute vormittag 9½ Uhr stürzte auf der Hütte „Phönix" das Hallendach des Schmelz- und Feinwalzwerkes ein und begrub die darin beschäftigten Arbeiter unter sich. Um 10 Uhr waren 10 Verletzte und ein Toter geborgen, Zwanzig Arbeiter liegen noch unter den Trümmern.

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Verantwortlich für den gesamten politischen Teil: Robert Styra; für Stadt und Land: Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft: Guido Baehr; für den unpolitischen Teil und die Beilage „Die Zeit im Bild": Robert Styra; für den Anzeigenteil: H. Schwarzkopf. Kosmos Sp. z o. o. — Verlag: „Posener Tageblatt". Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc., sämtlich in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.

Eine Schmach in der Eifel.

150 deutsche Gefangene der Besatzungsarmee.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht der bekannte deutsche Dichter des Rheinlandes, Josef Winkler, einen Aufruf, der in erschütternden Worten die Not und das Leid von 150 Besatzungsgefangenen erzählt. Der Aufruf ist ein Appell an den „Geist von Locarno", der so üppig wuchert. Wir lassen ihn nachstehend folgen, damit auch trotz allen Glaubens die andere Seite der Medaille gesehen werde.

„Als unlängst Fritz v. Unruh in einem Sensationsprozeß im Namen der Humanität Partei ergriff für den Verurteilten, rauschten die Blätter wider, aber wo bleibt die Stimme der Oeffentlichkeit vor dem unermeßlichen Jammer von 150 zu Zuchthaus verurteilten Rheinländern? Der Pfarrer Dr. Jakobi, der unermüdliche Verfechter ihres Rechts, wendet sich abermals und abermals und abermals vergebens an das Gewissen aller Deutschen und teilt mit:

„Weder das deutsche noch das französische Volk kennt die Leiden jener Deutschen, die noch in französischer Gefangenschaft sind! Es handelt sich um 150 meist jugendliche Menschen, die in der Zeit der größten Notlage unseres Volkes Lebensmittel und dergl. entwendeten. Abgesehen davon, daß diese allgemeine Notlage die Strafbarkeit der Vergehen milderte, muß man auch in Betracht ziehen, daß die Mentalität junger Leute, die durch den Krieg schwer gelitten, eine anormale war. Ein ordentlicher Richter würde in Anbetracht dieser Umstände in den meisten Fällen auf eine geringe Verurteilung mit Strafaufschub erkannt haben. **Nicht so die französischen Militärgerichte.** Ich nenne einige Beispiele: Karl S. wurde 1920 zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einen Marokkaner verprügelt hatte, der ein deutschen Mädchen belästigte; Joh. P. entnahm einer französischen Kantine einige Lebensmittel und Tabak; er wurde zu zehn Jahren verurteilt; Hans E. wurde wegen einfachen Diebstahls zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt usw. Empört sich nicht jedes Rechtsgefühl gegen derartige unmenschliche Urteile? Was aber noch unglaublicher ist, der Locarno-Vertrag hat diesen Unglücklichen nicht die mindeste Erleichterung gebracht, die Befreiung der ersten Zone hat ihre Lage noch verschlimmert! Ich habe 1½ Jahre alle nur möglichen Schritte getan, ihre Lage zu erleichtern bzw. ihnen nach fünfjähriger Haft die Freiheit wiederzugewinnen. Der ehemalige Delegierte von Siegburg stand mir nach Kräften bei — alles vergebens! Ich frage: **Weiß das französische Volk von diesen Justizmorden? Nein, es weiß nichts davon!** Ich habe so viel Verkehr mit französischen Zivilisten aller Stände gehabt, um mit Sicherheit sagen zu können, daß das französische Volk (nicht die Militärs!) die drakonischen Urteile einhellig mißbilligt! Jetzt stehen die Gefangenen unter verschärfter deutscher Zuchthausverwaltung! Warum wird ihr Los seitens der eigenen Landsleute noch härter gemacht? Etwa eintreffende Pakete werden dem Verderben preisgegeben! Alle kleinen Vergünstigungen sind aufgehoben worden usw."

Erschütternd schildert der Brief des Gefangenen Johannes Petzoldt aus Wittlich dieses hoffnungslose, erbärmliche Dasein, die Verbitterung der Eingesperrten:

„Der Hinweis auf das Rheinlandabkommen, wonach wir als Strafgefangene nach deutschem Strafvollzug zu behandeln sind, ist ehrlos und gemein für den, der es nur denkt! Die deutsche Justizbehörde macht sich an uns Opfern der französischen Justiz mitschuldig! Es wäre angebracht, wenn für die Besatzungsgefangenen eine Sondervorschrift über Behandlung erlassen würde. Der deutschen Behörde ist es ja direkt unmöglich, sich von der Schuld oder dem Vergehen im besonderen zu informieren. Aber eins weiß die deutsche Behörde: daß die meisten von uns nach deutscher Rechtsauffassung entweder gar keine Strafe oder im ungünstigsten Falle für ihre Tat nur Wochen, höchstens aber einige Monate erhalten hätten, während die Franzosen dafür Jahre verhängt haben. Darum ist es aus Gründen der Humanität nur billig und gerecht, daß endlich die deutsche Regierung das Rheinlandabkommen mal unter die Lupe nimmt, um dadurch unser trauriges Los zu erleichtern. Auch wir wollen Nutznießer des „Geistes von Locarno" sein und nicht die „Leidtragenden des Paktes von Locarno!"

Diesen Feststellungen wäre nichts hinzuzufügen, nur an eins möchte ich noch erinnern: durch Straferlasse und Amnestien aller Art sind seit Jahren unzweifelhafte Verbrecher dutzendfach begnadigt worden, ist Landesverrat in jeder Form verziehen und vergeben, sind Gewalttaten gegen eigene Volksgenossen aus Opportunitätsgründen mit dem Mantel der Vergessenheit zugedeckt, furchtbarste Roheitsdelikte, Bandendiebstahl, Aufruhr, Plünderung, Metzeleien — alles, alles ist mit milden Händen geglättet worden; **nur jene Unglückseligen, die das Pech hatten, in der besetzten Zone zu wohnen, für die man im Reich aber besonderes Interesse bekundete,** nur einzig diese armen Kerle, unreife Jungen meist bei Begehen ihrer Lappalien, nur diese Opfer müssen voll und ganz und ungeschmälert büßen, müssen nach starr deutschem Zuchthausreglement, das teilweise schlimmer ist als die erste französische Behandlung, jetzt trotz beschworenen Verbrüderungsgeistes vielleicht noch 10, 15, 20 Jahre lang dahinsiechen, gebrochen an Leib und Seele, zu bittersten Menschenfeinden verfinstert im Bewußtsein des himmelschreienden Unrechts, das ihnen widerfahren! Oder soll das alte Gefühl unserer Zurücksetzung und Vernachlässigung wieder im Rheinland um sich greifen?

Ich appelliere an alle Parteien, an die Staatsregierung und die breiteste Oeffentlichkeit: macht dieser Schmach ein Ende!

Serbiens Schuld am Serajewomord.

Die Dokumente werden nicht veröffentlicht.

Gestern begann in Belgrad die Tagung des Hauptausschusses der Radikalen Partei, auf der der Konflikt zwischen den beiden Parteichefs Pasitsch und Ljuba Jowanowitsch entschieden werden soll. Pasitsch hatte den Hauptausschuß einberufen, um mit seinem alten Gegner Jowanowitsch abzurechnen, dessen Schwiegersohn Stojadinowitsch in letzter Zeit schwere Anklagen gegen Pasitsch' Sohn Radomir wegen der bekannten Korruptionsaffären erhob, woraus sich die heftige Antikorruptionskampagne der Opposition entwickelte, durch die Pasitsch schließlich als Ministerpräsident gestürzt wurde. Pasitsch hielt in der Hauptausschußsitzung eine vierstündige Rede, in der er Jowanowitsch anklagte. Was die Korruptionsanklagen gegen die Radikale Partei anbelange, sagte Pasitsch, so würden diese von denjenigen vorgebracht, die durch Vernichtung der Radikalen Partei an der Einheit des Staates rütteln wollen, wozu auch Jowanowitsch gehöre. Weiterhin klagte Pasitsch Jowanowitsch an, daß er durch seine bekannten Veröffentlichungen in dem Buch „Das Blut des Slawentums" über das „Serajewoer Attentat" die Tatsachen unwahr dargestellt und, indem er dadurch die These von Serbiens Kriegsschuld stärkte, die Staatsinteressen geschädigt habe. Schließlich beschuldigte Pasitsch noch Jowanowitsch, daß er mit den Föderalisten kokettiere und den oppositionellen Block unterstützt habe. Deswegen könne Jowanowitsch nicht länger in der Partei bleiben.

Jowanowitsch antwortete Pasitsch, daß er nicht freiwillig aus der Partei ausscheide, sondern nur auf Ausschließungsbeschluß des Hauptausschusses. Ferner antwortete er auf einzelne Anklagepunkte und sagte bezüglich des Buches „Das Blut des Slawentums", er sei **bereit, seine dort angeführten Behauptungen mit Dokumenten zu belegen, doch müßten der Ministerpräsident und der Außenminister dafür die Verantwortung übernehmen. Ministerpräsident Uzunowitsch und Außenminister Nintschitsch erklärten sich jedoch gegen die Vorbringung dieser Dokumente.** Jowanowitsch widerlegt sodann weitere Anklagepunkte Pasitsch' und sagte, er sei immer für die Einheit des Staates gewesen. Was seine Anklagen gegen die Korruption betreffen, so erhalte er sie aufrecht. Nach Jowanowitsch sprach noch Uzunowitsch, der auf die Schwere der Entscheidung hinwies und vor überstürzten Beschlüssen warnte. Die Beschlußfassung wurde darauf auf heute vertagt.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 10. Mai.

Mamertus, Pancratius und Servatius.

Diese drei Heiligen, deren Gedenktage auf den 11., 12. und 13. Mai fallen, werden im Volke die drei Eisheiligen genannt, weil um diese Zeit oft noch Nachtfröste kommen.

Der heilige Mamertus war Erzbischof des Bistums Vienne in Frankreich. Zum ersten Male wird sein Name im Jahre 463 erwähnt. Mamertus hatte mit dem Papst Hilarius, der als Nachfolger Leos des Großen von 461—466 regierte, einen ernstlichen Streit, so daß er Gefahr lief, abgesetzt zu werden. Doch wurde der Streit schließlich beigelegt. Als Erzbischof führte er die sogenannten Rogationen ein, die Bittprozessionen, die in den Tagen vor Himmelfahrt abgehalten werden. Später wurden diese Rogationen in der gesamten päpstlichen Kirche eingeführt. Pancratius war ein jugendlicher Märtyrer, der während der Christenverfolgung Diocletians im jugendlichen Alter von vierzehn Jahren hingerichtet wurde. Er stammte aus Phrygien in Kleinasien, war mit seinem Onkel nach Rom gekommen und dort getauft worden. Bei seiner Hinrichtung soll er sich in höchstem Maße tapfer benommen haben. Pancratius genoß daher namentlich in der mittelalterlichen Zeit die höchste Verehrung. Servatius war Bischof von Tongern im heutigen Belgien und soll von Geburt ein Armenier gewesen sein. Im allgemeinen ist von ihm heute nur noch wenig bekannt. Nur scheint festzustehen, daß er im 4. Jahrhundert verschiedene Synoden besucht und eine Wallfahrt nach Rom unternommen hat. In Süddeutschland fallen übrigens die Tage der drei Eisheiligen nicht auf den 11. bis 13., sondern auf den 12. bis 14. Mai. Dort fällt also Mamertus als Eisheiliger fort, und es kommt für den 14. Mai der heilige Bonifacius hinzu, dessen Namenstag der 14. Mai ist.

Steuerkalender für Mai.

Das Finanzministerium gibt folgenden Steuerkalender für den Monat Mai bekannt, der die wichtigsten direkten Steuern umfaßt:

1. Vom 1. bis 31. Mai Steuer von städtischen und bestimmten dörflichen Grundstücken für das erste Quartal des Jahres 1926.
2. Bis zum 15. Mai die staatliche Gewerbesteuer vom Umsatz für das zweite Halbjahr 1925, ausgeführt in Zahlungsbefehlen oder namentlichen Steuerzahlerlisten.
3. Bis zum 15. Mai die Monatsraten der Gewerbesteuer vom Umsatz des Vormonats, und zwar von Handelsunternehmen erster und zweiter Kategorie und Industrieunternehmen der ersten bis fünften Kategorie, die die vorgeschriebenen Handelsbücher führen, sowie von rechnunglegenden Unternehmen.
4. Einkommensteuern von Dienstgehältern, Ruhestandsgehältern und Löhnen im Verlauf von 7 Tagen, gerechnet vom Tage des vollzogenen Steuerabzugs.
5. Vom 1. bis zum 31. Mai ist die erste Rate der Differenz der Vermögenssteuer zwischen den drei definitiven Steuerraten und den in Form provisorischer Raten geleisteten Anzahlungen fällig, wovon die Steuerzahler unter Vermittlung der Gemeindevorstände und der Pressemitteilungen benachrichtigt worden sind.

Für Besitzer städtischer Häuser, die einen Vermögensteueraufschub bis zum 1. Januar 1926 genossen haben, läuft die Frist für die Entrichtung der zweiten Rate mit dem 15. Mai ab. Außerdem sind die Steuern fällig, für die die Steuerzahler Zahlungsbefehle mit Zahlungsfrist im Mai erhalten haben.

Schluß der Posener Messe.

Gestern, Sonntag, nachmittag 6 Uhr ist die zweite internationale Messe offiziell geschlossen und ausgeläutet worden. Während des ganzen Sonntags hatte ein Massenbesuch geherrscht. Sofort nach dem Messeschluß begannen die Messeaussteller mit dem Einpacken ihrer Waren, und heute, Montag, schon in den frühen Morgenstunden setzte der Abtransport der Ausstellungsgegenstände ein.

Wiederherstellung des Posener Gorkapalastes.

Gegenwärtig wird die Fassade des aus dem 16. Jahrhundert stammenden Gorkapalastes einer umfassenden Erneuerung unterzogen. Der stattliche dreistöckige Bau mit drei Fronten — nach der Wasser-, Kloster- und Ziegenstraße —, an dem besonders das Renaissance-Portal in der Klosterstraße bemerkenswert ist, hat eine besondere Bedeutung in der Geschichte der Stadt Posen dadurch, daß hier der Protestantismus in Posen eine Zufluchtsstätte fand. Bekanntlich hatte der polnische Adel die von der deutschen Reformation ausgehende Geistesströmung mit Eifer aufgenommen. In Großpolen waren es unter vielen anderen die Geschlechter der Bojanowski, Leszczyński, Ostroróg, Krotowski, die sich große Verdienste um die evangelische Kirche erwarben. In Posen selbst fanden lutherische Gottesdienste zunächst im Hause des Gnesener Kastellans Tomicki, dann — mit Unterbrechungen — im obengenannten Palast des Posener Kastellans Andreas Gorka statt. Eine kleine Gemeinde hatte schon um 1540 der Magister Andreas Samuel aus Krakau um sich versammelt; wegen Ketzerei zum Tode verurteilt, mußte er fliehen. Sein Freund Nachfolger im Predigtamt, der Zollbeamte Jan Seklucjan aus Bromberg, flüchtete vor den Anfeindungen 1543 zunächst in den Palast des Grafen Andreas Gorka, und, als er sich dort nicht mehr sicher fühlte, nach Königsberg, wo er zahlreiche evangelische Erbauungsschriften in polnischer Sprache verfaßte. Die Evangelischen Posens, Polen und Deutsche, hielten ihre Gottesdienste weiterhin im Gorkapalaste ab, bis im Jahre 1593 der letzte Gorka, Stanislaus, starb und mit dem Erlöschen dieses Magnatengeschlechts auch sein mächtiger Schutz für den evangelischen Glauben wegfiel. Die Gegenreformation unter Führung des Bischofs Hosius von Ermland war am Werk, 1573 waren die Jesuiten in Posen erschienen. So hörten also 1593 die lutherischen Gottesdienste im Gorkapalaste auf. 1609 war er bereits in ein Benediktinerinnenkloster umgewandelt. Nach dessen Auflösung unter preußischer Herrschaft wurden die Räume von einer höheren Mädchenschule eingenommen, der Luisenschule, genannt nach der Gemahlin des preußischen Statthalters Fürsten Anton Radziwill (1815), der mit der Prinzessin Luise von Preußen verheiratet war. Jetzt ist der Palast als gewöhnliches Zinshaus im Besitz des polnischen Staates und wird vom Posener Schulkuratorium verwaltet.

Gastspiel der Deutschen Bühne Wollstein.

Man darf dem Posener Handwerkerverein aufrichtigen Dank dafür wissen, daß er den Posener Deutschen nach der ziemlich langen theaterlosen Zeit (wenigstens soweit es sich um deutsche Aufführungen handelt) durch das Engagement der Deutschen Bühne Wollstein am gestrigen Sonntag zu einer Theatervorstellung und damit, wie gleich von vornherein gesagt sei, zu einem wirklich schönen künstlerischen Genuß verholfen hat. Manch einer, der den ja gewöhnlich recht kräftig aufgetragenen Werbenotizen für die Veranstaltung nicht recht getraut hat und mit nicht allzu hoch gespannten Erwartungen in den großen Saal des Zoologischen Gartens gekommen ist, wird durch die Art, wie das Sudermannsche Schauspiel „Das Glück im Winkel" dargeboten wurde, auf das angenehmste enttäuscht worden sein. Das war kein gedankenloses Herstottern von Worten mehr, wie man es sonst wohl bei Dilettantenvorstellungen erleben kann, das war wirklich schon gereifte Kunst, die dort von Nichtberufsschauspielern geboten und lebendig wurde, ein schöner Beweis für das erfolgreiche Bemühen deutscher Volksgenossen einer Kleinstadt, nicht nur ihren heimischen Landsleuten, sondern auch denen anderer Städte durch Gastspielveranstaltungen zu einem jetzt auch so seltenen kulturellen Genuß zu verhelfen. Die Vorstellung verlief wie aus einem Guß; da gab es kein ängstliches Sichanklammern an den Geist in der Unterwelt, weil ein Souffleur überhaupt nicht vorhanden war; da sah man keinerlei Schwimmübungen; da gab es nicht die geringste Stockung im Dialog, kurz, alles bewies, wie die Mitglieder miteinander eingespielt sind. Die meisten Mitglieder verstanden sich sogar auf eine feine detaillierte Charakterisierungskunst; wir denken da zunächst an die Träger der drei Hauptrollen, der Elisabeth (Frau Bieske), ihres Hauptpartners, des rücksichtslosen Sinnen- und Genußmenschen Frhrn. von Röcknitz (Herr Scholz) und ihres Gatten, des Rektors Wiedemann (Herr Grasse). Eine wirklich schön durchdachte, abgeklärte Leistung bot auch Frl. Scholz als Darstellerin der blinden Helene, die so mancher Schönen Augen zu Tränen rührte. Die übrigen Darsteller, Frau Grasse (Bettina), Herr Wolf (Dr. Orb) und Herr Enderich (Dangel) waren ebenfalls mit Eifer und vollem Verständnis bei der Sache. So erlebten die etwa 300 Zuschauer, unter denen man u. a. auch den deutschen Generalkonsul Dr. Vassel mit Frau Gemahlin und Frl. Tochter wahrnahm, einen schönen Genuß. In so manch einem aber wurde der Gedanke an die schöne Zeit lebendig, da heimische Posener Dilettanten dem Posener Deutschtum den Genuß einer Theatervorstellung boten. Leider haben zurzeit unüberwindliche Schwierigkeiten die Tätigkeit des Deutschen Theatervereins lahmgelegt. Vielleicht kommt aber doch noch einmal die Zeit wieder, da sie zu neuem Leben erblüht. Den wackeren deutschen Volksgenossen aus Wollstein aber gebührt für den gestrigen schönen Abend aufrichtiger Dank! hb.

× **Bildung einer neuen Landgemeinde im Kreise Posen.** Unter dem Namen Batorowo ist aus den beiden Gütern Lusowo und Sobiesierne durch Ministerialbeschluß vom 30. Dezember v. Js. eine neue Landgemeinde gebildet worden.

× **Das neue Ortschaftsverzeichnis für die Wojewodschaft Poznań,** Preis 5.50 zł, ist wieder eingetroffen und durch die Buchhandlung der Drukarnia Concordia, Zwierzyniecka 6, Poznań zu beziehen. Bei Versendung nach auswärts tritt das Porto hinzu.

× **Die Rekrutenmusterungen des Jahrgangs 1905 der Stadt Posen** haben heut, Montag, vormittag im Zoologischen Garten mit den Buchstaben A und B begonnen. Sie dauern mit den üblichen Unterbrechungen an den Sonn- und Feiertagen bis einschl. Sonnabend, 13. Juni.

× **Zu einem Sanatorium für Tuberkulosekranke** wird gegenwärtig das Erholungsheim in Ludwigshöhe von den Krankenkassen, denen u. a. auch die Posener Allgemeine Ortskrankenkasse angehört, umgebaut.

× **Eine tschechoslowakische Ausflugsgesellschaft,** bestehend aus 58 Personen, trifft am 1. Pfingstfeiertag zu einem Besuch in Posen ein.

× **Posener Wochenmarktspreise.** Auf dem heutigen Montagswochenmarkt kostete das Pfund Landbutter 2,70—2,80, das Pfund Tafelbutter 3,30—3,40, die Mandel Eier 1,70—1,90 zł.

× **Nach 11wöchiger Untersuchungshaft der Freiheit wieder zurückgegeben** wurde in der vergangenen Woche der Ingenieur Artur Manke, der im Februar d. Js. unter dem Verdacht des Betruges in Haft genommen war. Die bisherige Untersuchung hat, wie es in dem Freilassungsbeschluß des Untersuchungsrichters heißt, keine Schuld des Angeklagten in der Richtung eines Betrugsvergehens nach § 263 des Strafgesetzes erwiesen. Es ist vielmehr die Grundlosigkeit der Anklage festgestellt worden, weshalb bei solchem Sachstande im Einklang mit dem Antrage der Staatsanwaltschaft auf Grund des § 123 die Untersuchungshaft aufgehoben worden ist.

× **Festnahme einer sechsköpfigen Einbrecherbande.** Der Posener Kriminalpolizei ist es gelungen, eine sechsköpfige Einbrecherbande festzunehmen, die in letzter Zeit auf Dominien und bei anderen Großgrundbesitzern der Umgegend Getreide, wie Hafer und Gerste, sowie Kartoffeln, Geflügel u. dergl. in bisher einwandsfrei feststehenden 16 Fällen gestohlen haben. Der Bande gehörten an: Der Händler Stefan Reformat, der Gärtner Michał Drzybowski, der angebliche frühere Wirtschaftsbeamte Josef Fillmann, der Kesselschmied Johann Wojciechowski, der Arbeiter Franz Mańke und der Arbeiter Olejniczak. Sie arbeiteten stets großzügig, fuhren mit Pferd und Wagen bzw. auf Fahrrädern bei den Dominien usw. vor, drangen mit gefälschten Schlüsseln in die Scheunen usw. ein, luden vom Getreide usw. möglichst viel auf und machten ihre Beute meist durch Verkauf in Kleinstädten zu Gelde. Die Festgenommenen haben in der Mehrzahl bereits ein bewegtes Verbrecherleben hinter sich.

× **Bei einem Einbruchsdiebstahl erschossen.** Als gestern früh in dem Dorfe Slupia bei Bentschen der Lehrer Wibuch in seine Wohnung heimkehrte, überraschte er einen Mann mit einem Paket mit Sachen, die in der Lehrerwohnung gestohlen waren. Wibuch forderte den Einbrecher auf, stehen zu bleiben, und gab, als dieser der Aufforderung nicht Folge leistete, sondern sich zur Flucht wandte, einen Schuß auf ihn ab. Der Lehrer gab dann noch zwei, angeblich blinde, Schüsse auf den Flüchtenden ab, der schließlich nach 150 Metern zusammenbrach und verstarb. Nach bei ihm vorgefundenen Papieren handelt es sich um den 38 Jahre alten aus Posen stammenden Kolporteur Fabian Maćkowiak.

× **Festnahme eines Geldscheinfälschers.** Festgenommen wurde hier ein gewisser Robert Kolmicz bezw. Berger, der eine große Menge gefälschter 100 Mk.-Reichsbanknoten, die er aus 100 Rentenmarkscheinen „umgewertet" hatte, in den Verkehr gebracht hatte. Es ist anzunehmen, daß er mit den gefälschten Scheinen mehrere Leute geschädigt hat. Diese werden gebeten, sich im Zimmer 37 der Kriminalpolizei zu melden.

× **Eine Pensionärversammlung** findet am Mittwoch dieser Woche von 10—11 Uhr vormittags wieder im Evangelischen Vereinshause statt.

× **Prompte Zahlung** leisteten gestern drei Talmigents, die sich feudal im Kraftwagen hatten nach Naramowice fahren lassen und dort den Chauffeur, als er für seine Bemühungen um Zahlung bat, glatt verprügelten und davoneilten.

× **Von einem Kraftwagen überfahren** wurde am Sonnabend in der Wierzbięcice (fr. Bitterstraße) ein fünfjähriges Mädchen namens Pałacz und am Kopfe leicht verletzt, so daß seine Ueberführung in das Stadtkrankenhaus erfolgen mußte.

× **Die Feuerwehr** wurde am Sonnabend nach der ul. Małeckiego 3 (fr. Prinzenstr.) gerufen, wo in einem Kelleingange vermutlich durch spielende Kinder Holz und Stroh in Brand gesteckt worden waren; das Feuer wurde bald gelöscht.

× **Gestohlen** wurde aus einer Remise an der ul. Dąbrowskiego 81 (fr. Große Berlinerstr.) acht eiserne Karrenräder, 15 Säcke und eine Säge im Werte von 140 zł.

× Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Montag früh + 0,78 Meter, gegen + 0,83 Meter am Sonntag und + 0,86 Meter am Sonnabend früh.

× **Vom Wetter.** In der vergangenen Nacht bewegte sich das Thermometer in bedenklicher Nähe des Nullpunktes; heut, Montag, früh waren 4 Grad Wärme bei klarem Himmel.

Vereine, Veranstaltungen usw.

Mittwoch,	den 12. Mai.	Gemischter Chor Posen. Abends 8 Uhr: Uebungsstunde.
Mittwoch,	den 12. Mai.	Evangel. Verein junger Männer. 7½ Uhr: Bibelbesprechung.
Donnerstag,	den 13. Mai.	Evangel. Verein junger Männer. 8 Uhr: Fahrt nach Sassenheim.
Freitag,	den 14. Mai.	Verein Deutscher Sänger. Uebungsstunde, anschließend Monatsversammlung.
Sonnabend,	den 15. Mai.	Evangel. Verein junger Männer. 7 Uhr: Turnen.
Sonntag,	den 16. Mai.	Evangel. Verein junger Männer. 8 Uhr: China und die Europäer.

□ **Moschin,** 9. Mai. Am 7. d. Mts. ist in Krakau der Graf Edward Alexander Raczyński, Besitzer der Herrschaft Rogalinek im Alter von 79 Jahren gestorben. Seine Beisetzung im Erbbegräbnis Rogalinek erfolgt am Mittwoch, 12. d. Mts.

□ **Bentschen,** 9. Mai. Das zur Kaufmann Winzent Pileckischen Konkursmasse gehörende Hausgrundstück in der Senatorskastraße ist vom Konkursverwalter freihändig versteigert worden. Das Höchstgebot wurde vom Vertreter der Stadtgemeinde mit 16 800 zł abgegeben.

p. **Bromberg,** 9. Mai. Aus der Wohnung einer Martha Klahe wurden am 27. v. Mts. durch Einbruch gestohlen: 1200 zł bares Geld, eine goldene Damenuhr mit 2 Brillanten, eine Platinhalskette mit 7 Brillanten, 2 goldene Krawattennadeln mit Brillanten, zwei Armbänder das eine aus 5 goldenen 5 Markstücken, das andere in Schlangenform mit einem Opal besetzt, ein Damenbrillantring, ein Kettenarmband und ein anderes mit breiten Gliedern.

zd. **Gruppe, Kr. Schwetz,** 9. Mai. Am letzten Sonntag fand hier die Einführung des Pfarrers Zellmann-Jwitz in die seit einem Jahre durch die Option des Pfarrers Nautenberg verwaiste Pfarrstelle durch den Superintendenten Morgenroth-Schwetz statt. In der pfarrerlosen Zeit haben opferwillige Gemeindeglieder, insbesondere der 82jährige Rendant Neumann, Fräulein Heß und die Gemeindeschwester sich bemüht, das kirchliche Leben aufrechtzuerhalten.

p. **Inowrocław,** 9. Mai. In Bruniewo wurde beim Landwirt Rosiński ein Einbruchsdiebstahl verübt. Gestohlen wurden: ein größerer Posten mit J. S. gezeichneter Wäsche, ein schwarzer Herrenpelz, ein Wagen mit Geschirr, ein Wallach, 1,65 m groß, dunkelbraun, mit schwarzer Mähne und schwarzem Schweif, ein Vorderhuf geplatzt.

Wettervoraussage für Dienstag, 11. Mai.

= **Berlin,** 10. Mai. Nach kalter Nacht zunächst noch heiter, später zunehmende Bewölkung wärmer vorwiegend trocken.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Jeder Anfrage ist ein Briefumschlag mit Freimarke zur eventuellen schriftlichen Beantwortung beizulegen.)

Sprechstunden der Schriftleitung nur werktäglich von 12—1½ Uhr.

Brow. p. 76. Am 10. November 1921 waren 100 Papiermark = 2.24 Goldmark mithin 9000 Papiermark = 201.60 Goldmark oder gleich 48 Dollar.

B. 600. An männliche Mitglieder der Angestelltenversicherung werden die geleisteten Beiträge überhaupt nicht zurückgezahlt. Weibliche Mitglieder erhalten im Falle ihrer Verheiratung und nach einer Beitragsleistung von 60 Monaten die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurück.

Spielplan des „Teatr Wielki".

Montag,	den 10. 5.:	um 8 Uhr abends „Nitouche".
Dienstag,	den 11. 5.:	„Martha".
Mittwoch,	den 12. 5.:	„Żywila" (Jubiläum des Kapellmeisters Dworzaczek).
Donnerstag,	den 13. 5.:	um 3 Uhr nachm. „Othello" (Ermäßigte Preise.)
Donnerstag,	den 13. 5.:	um 8 Uhr abends „Geisha".
Freitag,	den 14. 5.:	um 8 Uhr abends „Der Evangelimann" (Ermäßigte Preise).
Sonnabend,	den 15. 5.:	um 8 Uhr abends „Żywila".
Sonntag,	den 16. 5.:	um 12.30 Uhr. Vortrag von Fr. Smosarska u. d. Titel „Das Kino und ich".
Sonntag,	den 16. 5.:	um 3 Uhr nachm. „Cavalleria Rusticana" und „Bajazzo". (Ermäßigte Preise).
Sonntag,	den 16. 5.:	um 8 Uhr abends „Martha".
Montag,	den 17. 5.:	um 8 Uhr abends „Jenufa".

Radiokalender.

Rundfunkprogramm für Dienstag, 11. Mai.

Berlin, 504 Meter. Abends 8 Uhr: „Die verkaufte Braut", kom. Oper in drei Teilen. Dirigent Selmar Meyrowitz von der Berliner Staatsoper.

Frankfurt, 470 Meter. Abends 8½—10 Uhr: Vortragabend Marcell Salzer.

München, 485 Meter. Abends 8¾ Uhr: Max Reger-Abend zu seinem 10. Todestag.

Warschau, 480 Meter. Abends 8½—10 Uhr: Karol Szymanowskis Werke.

Zürich, 513 Meter. Abends 8½ Uhr: Humoristische Dichtungen.

Lausanne, 850 Meter. Abends 8¼ Uhr: Kammermusik der Kapelle Prof. Dr. Rehberg. 9¼ Uhr: Literarische Stunde.

Rundfunkprogramm für Mittwoch, 12. Mai.

Berlin, 504 Meter. Abends 8.30 Uhr: Heitere Dialoge und Duette.

Königsberg, 463 Meter. Abends 8 Uhr: Richard Wagner-Abend.

Leipzig, 452 Meter. Abends 8.15 Uhr: Carl Hauptmann-Abend.

Graz, 402 Meter. Abends 7.15 Uhr: Steirischer Komponisten-Abend.

Rom, 425 Meter. Abends 8.40 Uhr: Ausgewählte Stücke aus der „Manon" von Massenet.

Warschau, 480 Meter. Abends 8.30—10 Uhr: Auszüge aus Opern.

Der heutigen Nummer liegt die illustr. Beilage Nr. 10 **Die Zeit im Bild** bei.

Der Gesamteigenhandel Danzigs im Jahre 1925.

(Von unserem Danziger Berichterstatter.)

Der Gesamteigenhandel Danzigs, d. h. die gesamte Ein- und Ausfuhr über die Grenzen Danzig-See und Danzig-Deutschland unter Ausschluß der Durchfuhr und des Warenverkehrs über die Grenze Danzig-Polen betrug im Jahre 1925 2 930 234 t im Werte von 833 006 315 G, hiervon entfallen 774 925 t im Werte von 468 421 850 G auf die Einfuhr und 2 155 309 t im Werte von 364 584 465 G auf die Ausfuhr. Nach einer Zusammenstellung des hiesigen statistischen Amtes verteilten sich die vorstehenden Zahlen auf die einzelnen Warengruppen wie folgt:

Einfuhr:

	in t	Wert in Gulden
Lebensmitte und Tiere	282 483.9	183 922 989
Tierische Erzeugnisse u. Waren daraus	143 706.7	39 822 581
Holz und Holzwaren	11 859.2	8 181 530
Baustoffe und keramische Erzeugnisse	70 672.3	7 211 562
Brennstoffe, Asphalt, Pech und Erzeugnisse daraus	65 969.1	9 391 514
Chemische Stoffe und Erzeugn.	77 498.0	42 980 860
Erze, Metalle u. Metallwaren	103 774.0	107 440 379
Papier, Papierwaren und Druckereierzeugnisse	10 474.2	6 765 781
Spinnstoffe u. Waren daraus	8 089.5	56 074 879
Kleidungen, Galanteriewar. usw.	398.1	6 629 775
Summa:	774 925.0	468 421 850

Ausfuhr:

	in t	Wert in Gulden
Lebensmittel und Tiere	434 637.4	146 181 930
Tierische Erzeugnisse und Waren daraus	51 540.1	30 207 868
Holz und Holzwaren	940 605.5	122 964 016
Baustoffe u. keramische Erzeugnisse	6 427.8	1 799 568
Brennstoffe, Asphalt, Pech und Erzeugnisse daraus	679 071.1	23 304 848
Chemische Stoffe u. Erzeugnisse	7 860.7	3 721 735
Erze, Metalle u. Metallwaren	26 417.2	16 451 801
Papier, Papierwaren und Druckereierzeugnisse	6 962.0	3 106 180
Spinnstoffe u. Waren daraus	1 496.0	10 896 511
Kleidg., Galanteriewaren usw.	291.7	5 950 008
Summa:	2 155 309.5	364 584 465

Verteilt man die vorstehenden Ziffern auf die einzelnen beteiligten Länder ergibt sich die nachstehende Zusammenstellung:

Einfuhr:

	in t	Wert in Gulden
Deutschland	174 849.3	121 458 194
Großbritanien	116 254.1	85 723 904
Die Niederlande	27 067.2	25 750 978
Frankreich	20 574.0	29 011 021
Belgien	32 189.7	11 274 895
Norwegen	9 954.2	3 198 268
Schweden	48 048.3	16 237 894
Dänemark	25 293.0	25 206 249
Rußland	3 229.9	1 329 272
Spanien	33 088.1	3 272 525
Sonst. europäische Länder	17 688.5	22 318 820
Asien	28 239.1	17 353 499
Afrika	59 654.3	7 862 256
Australien	6 965.2	3 557 518
Verein. Staaten v. Amerika	105 163.6	60 070 186
Sonstige amerik. Länder	66 666.5	34 796 371
Summa:	774 925.0	468 421 850

Ausfuhr:

	in t	Wert in Gulden
Deutschland	258 375.0	74 351 206
Großbritannien	624 708.8	102 337 829
Die Niederlande	139 591.1	35 716 005
Frankreich	59 200.2	15 487 252
Belgien	170 332.3	29 174 460
Norwegen	17 202.8	4 282 903
Schweden	344 124.9	13 360 885
Dänemark	279 402.3	26 474 000
Rußland	11 138.1	8 342 870
Spanien	364.1	32 532
Sonstige europ. Länder	209 444.8	43 399 857
Asien	1 177.9	841 182
Afrika	324.0	1 115 756
Australien	6 867.5	656 352
Ver. Staaten von Amerika	29 184.9	8 161 173
Sonstige amerik. Länder	3 870.8	850 203
Summa:	2 155 309.5	364 584 465

Lebensmittel und Tiere wurden hauptsächlich aus den Ver. Staaten, Deutschland und den Niederlanden eingeführt, tierische Erzeugnisse aus Deutschland und den Ver. Staaten und Erze, Metalle und Metallwaren aus Deutschland, England und Schweden. Andererseits waren die Hauptausfuhrländer für Lebensmittel und Tiere: England, Deutschland, Belgien und die Niederlande, für Holz und Holzwaren: England, Deutschland, die Niederlande und Belgien und für Kohlen: Schweden und Dänemark.

Die oberschlesische Eisenindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gleiwitz war im Monat März gezwungen, einen der beiden tätigen Hochöfen in Julienhütte stillzulegen. Gleichzeitig wurden in der Kokerei bedeutende Arbeitskräfte entlassen. Die Bestellungen, die für Profil-, Band- und Stabeisen eingegangen sind, reichen einstweilen zur Aufrechterhaltung des Betriebes. In der Drahtproduktion hat sich die Situation bisher nicht geändert, weshalb die bisherigen Arbeitseinschränkungen weiter beibehalten werden müssen. Mit dem Erscheinen einer Verordnung, die die Arbeiterfrage regelt, und die am 1. März in Kraft trat, hat die Firma 500 Arbeiter, die bisher auf unbestimmte Zeit beurlaubt waren, entlassen.

Weitere Entlassungen von Arbeitern in der Lodzer Textilindustrie werden wiederum gemeldet. So hat die Firma Leonard, Wilker & Gibhardt in den letzten Tagen einen bedeutenden Teil der Arbeiterschaft gekündigt. Es finden dieserhalb Verhandlungen zwischen der Firma und den Verbänden statt. Andere Firmen werden, wie weiter berichtet wird, auch wieder größere Entlassungen vornehmen.

Eine Tagung der Industrie- und Handelskammern in Gdingen findet heute und morgen (10.—11. Mai) statt. Es ist dies die zweite Tagung der polnischen Industrie- und Handelskammern, die in diesem Jahre abgehalten wird. Es sollen aktuelle Fragen des polnischen Handels und der Schiffahrt besprochen werden.

Der Zwangsvergleich bei der Kukirolfabrik Kurt Krisp rechtskräftig. Der Zwangsvergleich wurde vom Gericht bestätigt. Die Rechtskraft tritt erst in 14 Tagen ein und damit auch die Beendigung der Geschäftsaufsicht. Die Gläubiger erhalten, wie schon bekannt, 60 Prozent.

Einführung eines Einheits-Schecks in den deutschen Genossenschaften. Der deutsche Genossenschaftsverband steht zurzeit mit einer Reihe von Unterverbänden zwecks Einführung eines einheitlichen deutschen Genossenschafts-Schecks in Unterhandlung. Es wurde einstimmig beschlossen, den Einheits-Scheck sofort einzuführen.

Die Posener Messe.

Ein Schlußwort.

Am gestrigen Sonntag wurde die II. Internationale Posener Messe geschlossen. Ebenso wie die Eröffnung nicht vom früheren Ministerpräsidenten Skrzyński vorgenommen wurde, ist auch der Besuch des Herrn Staatspräsidenten zum Schluß der Messe infolge der Regierungskrise unterblieben. Das Bild, das wir in unserem letzten Bericht über den geschäftlichen Erfolg der Messe entwarfen, hat sich nicht wesentlich geändert. Leider ist das Posener Messeamt mit seinen Auskünften über die Umsätze in den einzelnen Branchen, ja sogar über die Ausstellerzahl und den Besuch sehr zurückhaltend, so daß wir uns genötigt sahen, unsere eigenen Feststellungen zu machen.

Die Posener Messe teilt das Schicksal aller übrigen mitteleuropäischen Frühjahrsmessen in verstärktem Maße. Neben der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage hat die Unsicherheit unserer Währung durchaus hindernd auf die Umsätze gewirkt. Da die Aussteller an und für sich nicht mit allzu großen Hoffnungen auf die Messe gekommen sind, dürften sie mit dem Verkauf, der sich in den letzten Tagen für inländische Waren etwas besserte, zufrieden sein. Ausländische Fabrikate stellten sich infolge der großen Kursdifferenz und der hohen Zölle, die bei Lieferung der Ware eventuell schon nach dem Goldzłoty berechnet werden, dürften, im Vergleich zur Inlandsware trotz besserer Qualität doch viel zu hoch, als daß nennenswerte Umsätze getätigt werden konnten.

Es haben ungefähr 670 Firmen die Messe beschickt, das heißt die Hälfte der vorjährigen Austellerzahl. Die Zahl der ausländischen Aussteller ist im Verhältnis zum Vorjahre von 20 auf 30% gewachsen. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß nur ein geringer Teil der ausländischen Firmen direkt oder durch ihre Spezialvertreter ausgestellt hat. Die meisten ausländischen Waren wurden von polnischen Großhändlern ausgestellt.

Wie weit die eigentliche Absicht, die für die Abhaltung der diesjährigen Messe ausschlaggebend gewesen sein dürfte, nämlich den Absatz polnischer Fabrikate im Ausland zu fördern, von Erfolg gekrönt wurde, läßt sich leider nicht feststellen, da — wie gesagt — das Messeamt bisher keinerlei Informationen erteilt hat. Deshalb läßt sich auch nicht sagen, ob die großen Kosten, mit denen die diesjährige Messe in Szene gesetzt worden ist, auch nur annähernd im Verhältnis zu ihrem Erfolge stehen. Zweifellos ist aber, daß ein Ausstellungsgelände geschaffen wurde, das vorbildlich wirkt und in Zukunft die Posener Messe zur erfolgreichsten im ganzen Staatsgebiet machen wird — wenn wieder gesunde Wirtschaftsverhältnisse im Staate und normale Handelsbeziehungen zu den Nachbarn herrschen.

Einstellung des Tscherwonez-Ankaufes. Die Garantie- und Kreditbank für den Osten in Berlin, eine Gründung der russischen Staatsbank, hat auf Anweisung der Moskauer Zentrale den Ankauf von Tscherwonez-Noten eingestellt, da umfangreiche Fälschungen festgestellt wurden. Die Bank nimmt gegenwärtig Tscherwonez-Noten nur noch um Inkasso entgegen. Gutschrift erfolgt erst wenn die Echtheit der Stücke festgestellt ist.

Märkte.

Getreide. Warschau, 8. Mai. Für 100 kg fr. Verladestation: Roggen 32, Weizen 53—54, Hafer 32—34, Graupengerste 30, 50proz. Roggenmehl 60, Roggensiebmehl und Schrotmehl 42. Die Situation ist wegen der Preiserhöhung fest.

Kattowitz, 8. Mai. Weizen 53—56, Roggen 32 bis 34, Hafer 35—37, Gerste 25—30, fr. Empfangsstation Leinkuchen 46½—47½, Rapskuchen 35½—36¼, Weizenkleie 25½ bis 26¼, Roggenkleie 26½—27½, Auszugsmehl 0.53, Weizenmehl 0.48, 70proz. Roggenmehl 0.29, 65proz. Roggenmehl 0.31 zł für ½ kg. Tendenz fest.

Danzig, 8. Mai. Weizen 14, Roggen 9.20, Futtergerste 8.37½—8.75, Gerste 8.75—9, Hafer 8.75—9½, Erbsen 10½—11½, Viktoria 12—15, Roggenkleie 6¼—7, Weizengrobkleie 7—7¼.

Hamburg, 8. Mai. Für 100 kg cif. in hfl. Weizen: Manitoba I 16.70, II. 16.30, Rosafe 73 kg 14½, Baruso 76½ kg 15, austral. Weizen 16.60, Gerste: donauruss. 9.40, La Plata 60 kg 9.15, Malting Barley 9.40, für Mai 9.10, Roggen: Western Rye 10.45, II für Mai-Juni 10.40, Mais: La Plata 8.45, donaubessarab. für Mai-Juni 7.80, La Plata für Mai-August 8.05, Hafer: Canada Western I 10.25, Canada Western II 9.30, Clipped Plata 51—52 kg 8.60, Canada Fez 9.60.

Berlin, 10. Mai. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 297—299, pomm. —.—, April —.—, Mai 306½, Juli 296—295, September 265—264.50, Roggen: märk. 176—181, pommer. —.—, Mai 196, Juli 201½, September 202—201, Gerste: Sommergerste 193—207, Futter- und Wintergerste 172—185, Hafer: märk. 193—203, März —.—, Mai —.—, Juli —.—. Mais: Mai —.—, Juli —.— loko Berlin —.—, Weizenmehl: fr. Berlin 36.75—39.50, Roggenmehl: fr. Berlin 25.00—26.50, Weizenkleie: fr. Berl. 11—11.25, Roggenkleie: fr. Berl. 11.80—12.00, Raps: —.—, Leinsaat: —.—. Viktoriaerbsen: 29.00—39.00, Kleine Speiseerbsen: 23.00—25.00, Futtererbsen: 20.00—23.00, Peluschken: 20.00—23.00, Ackerbohnen: 22.00—24.00, Wicken: 28.00—30.00, Lupinen: blau 12—12¾, Lupinen: gelb 14.00—15.00, Seradella: neue 36.00—40.00, Rapskuchen: 13.75—14.00, Leinkuchen: 18.00—18.50, Trockenschnitzel: 9.80—10.10, Soyaschrot: 18.80 bis 19.40, Torfmelasse: 30/70 —.—, Kartoffelflocken: 15.60—16.00. Tendenz für Roggen: fester, Gerste: ruhig, Hafer: fester.

Chikago, 7. Mai. Weizen: Hardwinter Nr. II loco 163¼, für Mai alt 156⅝, neu 158⅛—158⅜, Juli neu 138¼—138⅜, September 134¼—134⅜, Dezember neu 136⅞, Roggen: für Mai 83⅝, Juli 86⅜, September 88½, Mais: gelber Nr. II loco 72¼, weißer Nr. II loco 72½, gemischter Nr. II loco 72¼, für Mai 69¼, Juli 73⅞—74, September 77⅜—77¼, Dezember 75¼, Hafer: weißer Nr. II loco 42¼, für Mai 40⅛, Juli 41⅝, September 42⅛, Gerste: Malting loco 62—73. Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Kolonialwaren. Danzig, 8. Mai. Für 50 kg in Pfund und Schilling. Santos 114—116 sh, Santos extra prima 124, Perl extra prima 126, arab. Mokka 130, in Dollars: Guatemal prima neuer Ernte 37, Java prima 37, Menado prima 37—38, Coban 38—39, Guatemala Ia Perl 40, Manera Costarica 41, Costarica Ia 37, Guatemala Maragogype 53, Kakao für 100 kg. Nederland in Kisten zu 10 Packungen 16, Windmühle 18, Blooker 20, Tee für 50 kg Panyong in halben Kisten 128—130 sh, Java Orange in ganzen Kisten 195—215 sh, Cylon Orange in ganzen Kisten 240—255 sh. Burmareis II in Orig.-Packung 50 kg cif. Danzig 16 sh, Burma II 15/9 für 50 kg cif. Danzig. Holländ. Patna 20.9 für 50 kg cif. Danzig.

Metalle. Warschau, 8. Mai. Das Handelshaus A. Geppner gibt folgende Richtpreise für Halbfabrikate am Warschauer Metallwarenmarkt in Złoty für ½ kg an: Aluminiumblech 9.60, Zinkblech 2.15, Zinkdraht 5.50, Aluminiumdraht 11.

Neu-Beuthen, 8. Mai. Rohguß Friedenshütte Nr. I wird mit 190 zł pro Tonne loco Verladestation notiert.

Baumwolle. Bremen, 8. Mai. Amtl. Notierungen in amerik. Cents für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Verkauf, 2. Einkauf, in Klammern Geschäft. Amerik. Baumwolle loco 20.07, für Mai 18.70, Juli 18.54—18.49 (18.52), September 18.30—18.21 (18.23), Oktober 17.93—17.86 (17.93), Dezember 17.70—17.68 (17.70—17.68), Januar (1927) 17.70—17.62, März 18.15—18.10 (18.10). Tendenz unverändert.

Die Witos-Regierung gebildet

Nach längeren Bemühungen ist es dem Bauernführer Witos gelungen, die vorläufige Regierung zusammenzustellen. Für die einzelnen Ministerien wurden ernannt: Innenminister: Smulski, Industrie- und Handel: Ofiec[illegible], Finanzen: Zdziechowski, Kriegsministerium: General Ma[illegible]czewski. Das Außenministerium ist bis zur Stunde noch nicht besetzt.

Posener Börse.

	10. 5.	8. 5.		10. 5.	8. 5.
4 Pos. Pfdbr. alt.	35.00	—	Lubań I.-IV.	—	60.00
6 listy zbożowe	—	10.30	Dr. R. May I.-V.	24.00	24.00
8 dolar. listy	6.15	6.60	Sp. Drzewna I.-VII.	0.30	—
	6.00	6.40	Unja I.-III.	—	3.50
5 Poż. konwers.	0.32	—	Wisła, Bydg. I.-III.	4.00	—
Brow. Krotosz. I.-V.	1.20	—	Wytw. Chem. I.-VI.	—	0.35
Herzf.-Vikt I.-III.	—	2.00	Zj. Brow. Grodz. I.-IV.	—	0.90

Tendenz: für Aktien fest, für Zinspapiere fallend.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	10. 5.	8. 5.		10. 5.	8. 5.
Amsterdam	418.78	418.725	Paris	32.925	32.8[illegible]
Berlin*)	—	248.44	Prag	30.83	30.8[illegible]
London	50.585	50.59	Wien	147.07	147.07
Neuyork	10.40	10.40	Zürich	201.625	201.5[illegible]

*) über London errechnet.

Effekten:	10. 5.	8. 5.		10. 5.	8. 5.
8% P. P. Konwers.	155	155	Nobel III.—V.	—	—
5% "	33.00	32.00	Lilpop I.—IV.	0.54	0.54
6% Poż. Dolar	73.00	75.50	Modrzejow. I.—VII.	1.85	1.85
10% Poż. Kolej. S. I.	166½	168	Ostrowieckie I.-VII.	4.05	4.25
Bank Polski (o. Kup.)	52.2	51.00	Starachow. I.—VIII	0.92	0.94
Bank Dysk. I.—VII.	—	5.25	Zieleniewski I.-V.	—	—
B. Handl. W. XI.-XII.	1.65	1.65	Zyrardów	7.15	7.20
B. Zachodni I.-VI.	0.85	—	Borkowski I.-VIII.	—	—
Chodorów I.-VII.	—	3.40	Haberbusch i Sch.	5.40	5.50
W. T. F. Cukru	1.65	1.75	Majewski	—	—
Kop. Węgli I.-III.	1.90	1.95			

Tendenz: anhaltend.

Danziger Börse.

Devisen:	10. 5. Geld	8. 5. Geld		10. 5. Geld	10. 5. Brief	8. 5. Geld	8. 5. Brief
London	25.21	25.21	Berlin	123.545	123.655	—	—
Neuyork	—	—	Warschau	48.54	48.66	48.31	48.44
Noten:							
London	—	—	Berlin	123.495	123.865	—	—
Neuyork	—	—	Polen	49.69	49.81	48.94	49.06

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	10. 5.	8. 5.	Devisen (Geldk.)	10. 5.	8. 5.
London	20.364	20.363	Kopenhagen	109.50	109.5[illegible]
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	90.39	90.[illegible]
Rio de Janeiro	0.612	0.609	Paris	13.20	13.1[illegible]
Amsterdam	168.58	168.57	Prag	12.418	12.4[illegible]
Brüssel	12.96	12.88	Schweiz	81.14	81.1[illegible]
Danzig	80.77	80.77	Bulgarien	3.044	3.04[illegible]
Helsingfors	10.548	10.548	Stockholm	112.18	112.[illegible]
Italien	16.77	16.78	Budapest	5.86	5.8[illegible]
Jugoslawien	7.40	7.40	Wien	59.21	59.2[illegible]

(Anfangskurse).

Effekten:	10. 5.	8. 5.		10. 5.	8. 5.
Harp. Bgb.	115⅝	119½	Görl. Wagg.	—	31⅛
Kattw. Bgb.	12⅛	12.3	Rheinmet.	23½	—
Laurahütte	35½	37	Kahlbaum	112½	115
Obschl. Eisenb.	50	—	Schulth. Patzenh	177	177
Obschl. Ind	53¼	54½	Dtsch. Petr.	—	—
Dtsch. Kali	—	—	Hapag	126¾	[illegible]
Farbenindustrie	153¼	153¾	Dtsch. Bk.	124½	[illegible]
A. E. G.	109¼	110¼	Disc. Com.	120¾	[illegible]

Tendenz: schwach.

Ostdevisen. Berlin, 10. Mai, 2[30] nachm. Auszahlung Warschau 39.25—39.45, Große Polen 39.45—39.85, Kleine Polen 39.10—39.50 (100 Rm. = 253.49 — 254.78 zł).

Börsen-Anfangsstimmungsbild. Berlin, 10. Mai, vormittags 12[30] Uhr. (R.) Die Börse eröffnete schwach wegen Mißbehagen über die innerpolitische Lage. Vielfach 1 bis 2proz. Rückgänge, vereinzelt auch darüber. Schiffahrtsaktien besser gehalten.

Die Bank Polski, Posen zahlte am 10. Mai, 11 Uhr vormittags für 1 Dollar 10.38 zł, 1 engl. Pfund 50.57 zł, 100 schweizer Franken 201.05 zł, 100 franz. Franken 32.78 zł, 100 deutsche Reichsmark 247.00 zł, 100 Danz. Gulden 200.27 zł.

Die Bank Polski zahlte am 8. d. Mts. für Goldmünzen: Rubel 5.33, Mark 2.46, österr. Krone 2.10, lat. Einheit 2, Dollar 10.37½, Pfund 50.44, türk. Pfund 45.54, Gulden 4.16, skand. Krone 2.77, Dukaten 23.70, 1 Gramm Feinmetall 6.89, Silbermünzen: Rubel 3.15, Bylon 1.30—1.40, Mark 0.87, Gulden 1.94, österr. Krone 0.7[illegible], 1 Gramm Feinmetall 0.17½.

1 Gramm Feingold für den 9. und 10. Mai wurde auf 6.9121 zł festgesetzt. (M. P. Nr. 105 vom 8. 5. 1926.) (1 Goldzłoty gleich 2.0067 zł.)

Der Złoty am 8. Mai. (Überw. Warschau.) London: 50, Neuyork: 10.10, Riga: 56, Mailand: 239½, Bukarest 28½, Tschernowitz: 28.

Dollarparitäten am 10. Mai in Warschau 10.40 zł, Danzig 10.68 zł, Berlin 10.67 zł.

Die deutschen Banken in Pommerellen haben den Diskontsatz von 24% auf 20% jährlich herabgesetzt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Mai 1926.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilo bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation in Złoty.)

Weizen	52.00—54.00	Roggenmehl (65% inkl. Säcke)	51.00
Roggen	32.75—33.75	Braugerste prima	31.00—33.0[illegible]
Weizenmehl (65% inkl. Säcke)	78.00—81.00	Hafer	34.00—36.0[illegible]
Roggenmehl I. Sorte (70% inkl. Säcke)	49.50	Eßkartoffeln	3.85
		Fabrikkartoffeln	3.50
		Roggenkleie	26.50—27.[illegible]

Tendenz: nicht einheitlich, eher schwächer.